

den und Arbeiter angehörender deutscher Betriebe, in einigen Fällen sogar auch unbefugte Familienangehörige verhaftet und ins Gefängnis gesetzt worden, weil die Werkzeile Maschinen angekauft hatten, die bereits in den besetzten Gebieten beschlagnahmt worden sind. Die brutale Ausweitung der deutschen Beamten sowie zahlreicher Angehöriger aller Berufsstände und Gesellschaftsklassen, die in den meisten Fällen innerhalb 24 Stunden ohne Hab und Gut und ohne Rücksicht auf weitere Existenzmöglichkeiten ihre Heimat verlassen mußten, ferner die vollkommene Absperrung Elsaß-Lothringens von jedem wirtschaftlichen und geistigen Verkehr mit dem übrigen Deutschland hat nicht nur in Süd- und Norddeutschland, sondern auch in den Kreisen alteingesessener Elsaß-Lothringer die Flamme des Unwillens hoch empor lodern lassen. Dazu kommt noch, daß das gesamte Eigentum der deutschen Elsaß-Lothringer beschlagnahmt worden ist, daß unbewußt demobilisierte, nach ihrer Heimat zurückgekehrte Elsaß-Lothringer ihrer Freiheit beraubt wurden, daß alle Personen in Elsaß-Lothringen, die nicht schon selbst oder durch ihre Vorfahren im Jahre 1871 die französische Staatsangehörigkeit bejahen, innerhalb des bis zum Friedensvertrage unter allen Umständen als deutsch anzusehenden Elsaß-Lothringischen Staatsgebietes als Ausländer behandelt werden. Kurz alle Maßnahmen der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen betreffen, daß Frankreich darauf ansetzt, der Entscheidung des Friedensvertrages vorzugreifen und Elsaß-Lothringen zu annektieren, ohne daß das von Frankreich so oft und so laut geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch nur im geringsten geachtet wird. Derselbe Protest muß gegen das von den Verbündeten angebotene oder vielmehr aufgezungen: Finanzabkommen erhoben werden, das Deutschland der finanziellen und wirtschaftlichen Diktatur des Verbands ausliefert. Eine solche Schuldschneiderei ist niemals einem besiegten Volk in einem Friedensvertrage auferlegt worden, geschweige denn in einem Waffenstillstandsabkommen, das den Übergang zu einem Rechtsfrieden bilden soll. Zum Schluß lege ich dem Verbands zwei Fragen vor: Die erste lautet: Wann werden Sie die Blockade aufheben? Die von dem Verband übernommene Verpflichtung, Deutschland mit den notwendigen Lebensmitteln zu versehen, ist bisher nicht erfüllt worden. Auf meinen Vorschlag hin hat zwar Marschall Foch in dankenswerter Weise bei den ersten Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier sich bereit erklärt, das Seine zu tun, um den Wunsch Deutschlands nach Zufuhr von Lebensmitteln zu erfüllen. Marschall Foch gab in der Sitzung vom 13. Dezember 1918 eine Anfrage des amerikanischen Lebensmittelkontrollers Hoover an die deutsche Waffenstillstandskommission weiter, ob der Deutschland zur Verfügung stehende Schiffsraum zur Zufuhr von Lebensmitteln nach Deutschland unter der Kontrolle der Verbündeten bereitgestellt werden könne. Ich beantwortete diese Frage sofort bejahend und bat, Hrn. Hoover davon in Kenntnis zu setzen. Ich gab ferner dem Wunsch Ausdrud, baldigst aus Spaa Nachricht zu erhalten, welches das Ergebnis der Verhandlungen der in Paris und London tagenden Kommissionen sei. Die deutsche Regierung hat hierüber zwei weitere Anfragen an die Verbündeten gerichtet. Trotzdem ist bisher die Tat ausgeblieben. Die Ernährung Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag. Von dem Stande der Ernährung wird es zum großen Teile abhängen, wie die innerpolitische Lage Deutschlands sich gestaltet. Das deutsche Volk hat es ertragen, waffenlos zu werden, aber es wird es nicht ertragen, brotlos zu sein. Der Hunger würde einen heillosen Zustand hervorrufen, dessen Folgen auch die Verbündeten nicht wünschön können. Ich warne Sie. Auch Ihre Völker sind nicht gefeit gegen die Weltrevolution! Die zweite Frage ist: Werden die Verbündeten jetzt bindende Verpflichtungen eingehen über die sofortige Rückgabe der in ihren Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Ihre sämtlichen Kriegsgefangenen sind jetzt der Heimat zurückgegeben worden. Wir haben damit nicht nur eine Bedingung des Waffenstillstandsabkommens erfüllt. Wir haben zugleich ein großes Werk der Menschlichkeit geleistet. Deshalb habe ich das Recht zu verlangen, daß nunmehr alsbald auch unsere Kriegsgefangenen der Heimat und ihren Familien zurückgegeben werden. Der einstimmige Wunsch des deutschen Volkes macht dieses Recht zur eifernen Pflicht. Schon bei Abschluß des Waffenstillstandes ist auf meinen Antrag hin bestimmt worden, daß die Regelung der Rückführung unserer Kriegsgefangenen im Präliminarfrieden erfolgen wird. So führt die Frage der Kriegsgefangenen zur dritten und letzten Frage, die ich an den Verband zu richten habe, zu der Frage: Wann werden wir in der Lage sein, den Präliminarfrieden zu schließen? Ihre Regierungen haben der Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum Abschluß des Präliminarfriedens bis jetzt nicht zugestimmt. Der deutsche Ruf nach dem Präliminarfrieden, dem ich während der Trierer Dezemberverhandlungen Ausdruck gegeben habe, ist ohne Echo geblieben. Weht als jechmal hat die deutsche Regierung ersucht, die Verhandlungen über den Abschluß des Präliminarfriedens einzuleiten. Es ist keine Antwort erfolgt. Der Wille des deutschen Volkes, schnellstens zu einem dauernden Rechtsfrieden zu gelangen, ist unerschütterlich und darf nicht länger ohne Antwort bleiben. Die Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen ist keine Antwort. Die einstigen Vertreter des Völkerverbandes erscheinen jetzt der deutschen Bevölkerung als Urheber immer neuer Verschärfungen für Waffenstillstandsbedingungen. Niemand hat das Recht, den Frieden aufzuhalten. Der Gewalt des Siegers stelle ich das ewige Recht des deutschen Volkes gegenüber auf Leben und Fortentwidelung. Dieses Recht ist heilig und unantastbar. Die ganze gestiftete Welt lehnt sich nach Ruhe und Ordnung. Grundlage jeder Regierung sind Autorität und Freiheit, Arbeit und Brot. Autorität und Freiheit kann sich das deutsche Volk selbst schaffen. Es wird sie schaffen in der Nationalversammlung, deren Wahlen am kommenden Sonntag stattfinden. An den Vertretern der verbündeten Regierungen ist es nunmehr, dem deutschen Volke die Mittel zu geben, den Hunger abzuwenden und der Spannung der Arbeit leidhaftig zu werden. In der Geschichte wird nicht derjenige als ein großer Weisender, der den Frieden verhandelt. Als Weisender wird derjenige begrüßt werden, der dauer-

den Frieden bringt, einen Frieden der Befriedigung und Befriedigung der Völker. Nach harter Prüfung ist das neue Deutschland erhd und fest entschlossen, diesen Friedensweg zu gehen. Per crucem ad lucem.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 15. Januar. Der Sonderzug der deutschen Waffenstillstandskommission lief gestern abend in Trier ein, wohin auch bereits von Spaa aus General v. Winterfeldt mit einer Reihe von Kommissaren sich begeben hatte. Die deutsche Waffenstillstandskommission wurde am Bahnhof Trier vom Regierungspräsidenten Dr. Romm und vom Oberbürgermeister v. Blachhausen begrüßt. Im Gegensatz zur Einfahrt bei den Dezemberverhandlungen erfolgte diesmal die Fahrt der Kommission in die verschiedenen Hotels in vollster Freiheit und ohne jede Bedrängung durch die Verbündeten. Auch der briefliche, telegraphische und telephonische Verkehr der gesamten deutschen Delegation unterliegt keiner Beschränkung. Besonders die amerikanische Delegation verhält sich in jeder Beziehung durchaus einwandfrei. Die abschließenden Beratungen der deutschen Delegierten mit ihren Kommissaren haben sich bis nach Mitternacht hingezogen.

Trier, 15. Januar. Die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens wurden heute vormittag in Trier im Salonwagen des Marschalls Foch mit einer Ansprache des Vorsitzenden der beiderseitigen Waffenstillstandskommissionen eröffnet.

Zur Ablieferung unseres Eisenbahnmateri als.

Berlin, 15. Januar. Im Verlaufe der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Trier überreichte Staatssekretär Erzberger eine gemeinsame Note der bayerischen, württembergischen und badischen Regierung, in der es u. a. heißt: die bayerische, württembergische und badische Staatsbahnverwaltung haben zur Übergabe von Fahrzeugen an den Verband nach dem Waffenstillstandsabkommen zu erklären, daß es trotz reichlichen Bemühens nicht gelingen wird, bis zum 16. d. M. die erforderlichen Leistungen zu erfüllen. Die Durchführung der Ablieferung liegt zusammen mit der Demobilisierung der Wehrarmee, also der höchsten Inanspruchnahme der Eisenbahnen. Ganz besondere Schwierigkeiten liegen darin, daß der Lokomotiven- und Wagenpark der süddeutschen Eisenbahnverwaltungen mit den von dem Verband geforderten Gattungen nur in geringem Umfang ausgefattet ist. Die unterzeichneten Regierungen erklären hiermit im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, daß sie das letzte und äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Sie sind bereit, Abgesandten des Verbands vollen Einblick in ihre Lage zu gewähren.

Die Lage unserer Truppen in der Ukraine.

Berlin, 15. Januar. Durch das dauernde Anwachsen des Bolschewismus in der Ukraine wird die Lage der dort noch anwesenden deutschen Truppen immer unbehaglicher. Ihr Abtransport auf dem Landwege ist schon heute völlig ausgeschlossen. Es verlohnt, daß die Verbändner die Galtische und Weja den erneut an sie gerichteten Antrag auf Zulassung des Seetransportes wieder Durchführung unserer Truppen nunmehr anerkannt haben und bei ihren Regierungen befürworten werden.

Die Heimbeförderung der feindlichen Kriegsgefangenen.

Berlin, 15. Januar. Der Abtransport der verbündeten Kriegsgefangenen aus Deutschland ist, wie der Vorsitzende der französischen Kommission in Spaa in der Sitzung der Befangenentommission vom 14. d. M. mitteilte, im großen und ganzen als beendet anzusehen. Die Sitzungen der Befangenentommission könnten somit ausfallen. Der französische Vorsitzende erklärte, er werde nach Paris, und der englische Vertreter nach London zurückkehren. Noch zu erwartende größere und kleinere Rückfragen würden wohl am besten auf schriftlichem Wege erledigt werden.

Die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz.

Paris, 15. Januar. Die Agence Havas meldet: Das Sekretariat der Delegierten, welche die Großmächte vertreten, trat am Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz von Dufosse im Ministerium des Äußeren zusammen, um die Einladungen für die erste Sitzung der Konferenz vorzubereiten, die am Sonnabend abgehalten werden wird. Der „Temps“ sagt: Es ist wahrscheinlich, daß diese Einladungen an alle Mächte geschickt werden, die im Kriegszustande mit Deutschland sind. Das Vorgehen wird, wie der „Temps“ hinzufügt, wahrscheinlich folgendes sein: Die Leitung der Debatten wird den Vertretern der fünf Großmächte überlassen. Die Delegierten dieser Mächte werden Komitees bilden, von denen jedes besondere Fragen prüfen wird. Die Delegierten der kleinen Mächte werden von diesen Komitees angehört werden. Die Beschlüsse werden hierauf der Billigung der Vollziehung aller Mächte vorgelegt werden. Voraussetzungen findet die Prüfung der polnischen Frage demnach statt.

Die belgischen Abgeordneten für die Friedenskonferenz.

Paris, 15. Januar. „Intransigent“ glaubt zu wissen, daß Vanden Velde, falls Belgien auf der Friedenskonferenz nur zwei Vertreter haben wird, sich zurückziehen und dem früheren Justizminister Van den Deubel gemeinsam mit dem Minister des Äußeren Huymans die Vertretung Belgiens überlassen werde.

Keine internationale Überwachung der Rohstoffe.

London, 15. Januar. (Reuter.) „Morningpost“ meldet aus Paris: Die Verbündeten haben nicht die Absicht, die Regierungskontrolle über die Industrien in den verschiedenen Ländern weiterhin durchzuführen zu lassen. Sie haben auch beschlossen, keine internationale Kontrolle über die Rohstoffe auszuüben.

Feindliche Absichten auf Vernichtung Preußens.

Berlin, 15. Januar. „Debat“ vom 12. d. M. schreibt: Der preussische Staat müsse zerstört werden. Es sei Aufgabe der Verbündeten, Deutschland zur Rückgabe der geflohenen Länder zu zwingen. Die Verhandlungen müßten die Abtrennung der litauisch-polnischen Gebiete von Ostpreußen, der polnisch-schlesischen

von Schlesien sowie von ganz Preussisch-Polen und Dänisch-Schlesien und des ganzen linken Rheinufers enthalten. Wenn der Friede nicht eine endgültige Gerechtigkeit bringe, so würden die verlegten Völker einer Koalition außerhalb des Völkerbundes in die Arme getrieben.

Vorbereitungen für die Wahlen zur Nationalversammlung.

Berlin, 15. Januar. Wie das Amtsblatt des Reichspostamtes bekanntgibt, müssen sowohl am Tage der Wahlen selbst, als auch am Tage der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten solange in Dienst bleiben, bis der zu erwartende Verkehr erledigt ist. Dies gilt auch für die auf den Wahltag und auf den Ermittlungstag folgenden Tage, solange noch weiterer Verkehr aus Anlaß der Wahlen herrscht oder zu erwarten ist.

Gegen Wahlkörungen.

Berlin, 15. Januar. An die Arbeiter- und Soldatenräte. Am Sonntag, den 19. Januar, wählt das deutsche Volk die gesetzgebende Nationalversammlung. Die große Bedeutung dieser Wahlen braucht nicht besonders dargelegt zu werden. Sie sind erforderlich, um die Errungenschaften der Revolution gesetzlich zu verankern. Diese Wahlen müssen überall ohne jede Störung durchgeführt werden können. Die wahlberechtigten deutschen Männer und Frauen müssen frei und unbeeinträchtigt ihr Wahlrecht ausüben können. Hierzu müssen die Arbeiter- und Soldatenräte dem Volke verhelfen. Deshalb richten wir an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Aufforderung, alles zu tun, um die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung zu sichern. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik. gez. Leinert. Cohen. Hermann Müller.

Braunschweig, 15. Januar. Nach einer Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrätes werden die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. d. M. unter dem Schutze der A- und S.-Räte stehen. Wer es unternimmt, die Wahlen zu stören oder zu verhindern, wird vor das Volkslandgericht gestellt und entsprechend bestraft werden.

Die neuen Aufgaben der Reichsregierung.

Berlin, 15. Januar. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Nachdem die Reichsregierung durch die Niederwerfung der Berliner Spartakusbewegung den Rücken freibekommen hat, wendet sie nunmehr ihre ungeleitete Arbeitskraft den Fragen der künftigen Verfassung und der Vertretung der deutschen Interessen bei den Friedensverhandlungen zu. Wenn auch Einzelheiten über die Beratungen, die gestern begonnen haben und noch andauern, zurzeit noch nicht veröffentlicht werden können, so dürfte die amtliche Verlautbarung, die bald zu erwarten steht, doch zeigen, daß die Richtlinien für die deutsche Friedensdelegation nicht den Auftrag enthalten werden, übertriebene Forderungen der Verbündeten anzunehmen.

Der Verfassungsentwurf für das Reich.

Berlin, 15. Januar. Wie der „Abend“ meldet, beschloß sich gestern und heute das Reichskabinett mit dem Verfassungsentwurf, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Nach diesem Entwurf soll sich das Reich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf zehn Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und Reichsministern gebildet werden. Die zahlreichen Einzelheiten des Entwurfes dürften noch eingehend durchberaten und vielleicht noch hier und da abgeändert werden.

Die Verhandlungen des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 15. Januar. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik verhandelte in seiner Vormittags-sitzung am 15. d. M. in Gegenwart von zwei Vertretern des Kriegsministeriums weiter über die Ausführungsbestimmungen der Hamburger sieben Punkte, und zwar über die Vorlage betr. die Frage der Rangabzeichen. In der Nachmittags-sitzung wurden die Verhandlungen der Berliner Leitung der U. S. F. D., der Verhandlungskommission der revolutionären Obleute und der Berliner Leitung der S. F. D. fortgesetzt. Aber die geforderte Entwurfung der Zivilbevölkerung ist nach der Auffassung der U. S. F. D. eine Einigung zu erzielen, wenn gleichzeitig die Bürger- und Studentenvoehr entschärfet würde. Weiter wurde die Sozialisierung des Bergbaues und der Hüttenbetriebe verhandelt, sowie die restlose Demobilisierung des gesamten alten Heeres. Schließlich wurde von dem Berliner Zentralvorstand der U. S. F. D. nach längerer Rücksprache folgender Antrag gestellt: Der Zentralrat und der Berliner Zentralvorstand der U. S. F. D. werden in etwa einer Woche ein sachliches Programm aufzustellen, das als Grundlage für das Zusammenarbeiten der beiden Parteien dienen kann. Festgestellt wird, daß die Geschlossenheit des revolutionären Proletariats nicht an Personenfragen scheitern darf.

Gegen Rodierung von Gebieten der Nordmark.

Kiel, 15. Januar. Eine von mehreren tausend Personen behauchte Versammlung nahm eine Entschließung an, die sich gegen jede Rodierung deutscher Gebiete von der Nordmark ausspricht.

Hilfsorge für Beamte bei Betriebsunfällen.

Berlin, 15. Januar. Die preussische Regierung hat beschlossen, das Gesetz über die Hilfsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen vom 2. Juli 1902 (Gesetzsammlung Seite 159) auf alle unmittelbaren Staatsbeamten und ihre Hinterbliebenen in Anwendung zu bringen, soweit es sich um Körperverletzungen und Todesfälle handelt, die durch Ausübung des Dienstes während der gegenwärtigen Kriegerzeit verursacht worden sind. Welche Untehen unter dieses Gesetz fallen, soll nach Ort und Zeit die preussische Regierung bestimmen.

Die deutsch-norwegischen Handelsbeziehungen.

Berlin, 15. Januar. Wie wir aus amtlicher Quelle erfahren, sind zur Einfuhr von Norwegen nach Deutschland nur solche Waren und inwieweit zugelassen, wie sie Deutschland auf Grund des deutsch-norwegischen Handelsabkommens vom 14. Dezember 1918 zulassen. Zur Einfuhr von Deutschland nach Norwegen kommen vorläufig nur folgende Rohstoffe in Betracht: Kohlen, Holz, Ea.

Poltsche, Konstruktionsisen, Stahl für Schiffsbauwerke (sofern dieses Material kaufsfrei geliefert werden darf), Kieselgur, Kohle, Flußpat, Kalkstein, Gips, Lehm, Roh-eisen, Schrott, Glanberfels, Holzflügel, Tomatenreifen, Dämme zur Wurzfabrikation und lebende Pflanzen.

Die Eröffnung der badischen Nationalversammlung. Karlsruhe, 15. Januar. Die badische Nationalversammlung wurde heute vormittag im Ständehause eröffnet. Am Regierungstische hatte sich das Gesamtministerium eingefunden. Die Mitglieder der Nationalversammlung waren vollständig anwesend. Durch Zuruf wurde der Abg. Kopf zum Präsidenten gewählt. Präsident Kopf begrüßte zunächst die heimgekehrten Krieger und führte aus: Wir stehen heute an einem großen weitgeschichtlichen Wendepunkte. Wir sollen das Fundament schaffen zu einem neuen Staate. Am Reiche wollen wir unentwegt festhalten. Wir wollen die Grundlagen schaffen, auf geschichtlicher Weise das Gebäude des Staates wieder aufzubauen zum Wohle des Volkes und zum Wohle des Vaterlandes. Der Präsident der vorläufigen Volksregierung führte u. a. aus: Die unmittelbare Folge des verlorenen Krieges ist die politische Umwälzung. Am Kriegsbeginn und am Kriegsende hatten die früheren Großherzöge unseres Landes keinen Anteil. Die vorläufige Regierung des Volksstaates Baden hat es sich dabei nicht nehmen lassen, dem scheidenden Träger der Krone und dem Thronfolger ihren Dank auszusprechen für den von Engbergigkeit freien Geist, in dem sie als Glieder der erblichen Dynastie ihre Aufgabe erfüllt und erfüllt haben. Baden soll erhalten bleiben als selbständiger Bundesstaat im Rahmen des Reiches. Doch rufen wir laut über alle deutschen Gänge hin: Rüttelt nicht am Reiche! Wir erheben mit aller Macht Einspruch gegen die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade. Nur die rasche Befestigung der neuen Zustände wird dem Feinde jene Achtung abnötigen, die uns einen Verhandlungsfrieden, anstatt eines Diktatfriedens noch gewährleisten kann. Nur mit Scham können wir deshalb nach der Hauptstadt blicken. Wir haben kein Verständnis dafür, daß wir den Krieg durch die Schuld kleiner Berliner Gruppen noch einmal verlieren sollen. Wir hoffen, daß es der Regierung Ebert-Scheidemann gelingen wird, dauernde Ordnung zu schaffen. Der Redner stellte sodann namens der vorläufigen Volksregierung die ihr anvertrauten Ämter der Nationalversammlung zur Verfügung und sprach über die nächsten Aufgaben der badischen Nationalversammlung in bezug auf Verfassung und Verwaltung. Sodann gaben Vertreter der verschiedenen Parteien des Hauses kurze programmatische Erklärungen ab, in denen sie ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten in den Hauptpunkten aussprachen. Minister Dr. Haß überreichte hierauf den Entwurf einer badischen Verfassung und führte unter anderem aus: Jeden Gedanken, daß das Deutsche Reich sich auflösen könne, weisen wir entschieden von uns. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches war für uns immer eine Quelle der Kraft. Eine übermächtige Zentralfaktion lehnen wir ab. Wir wollen ein eigenes badisches Volkstheer im Rahmen der deutschen Bundesarmee. Wir können geordnete Zustände nur schaffen auf der Grundlage der Demokratie. Präsident Kopf vertagte sodann die Sitzung auf unbestimmte Zeit.

Unstimmigkeiten zwischen der braunschweigischen Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat von Hannover.

Hannover, 15. Januar. Die braunschweigische Regierung hat an den Bahnen, die durch braunschweigisches Gebiet fahren, einen großen Teil der Bahnhöfe besetzt und durch Beauftragte hier erklären lassen, daß Truppentransporte, die braunschweigisches Gebiet betreffen, festgehalten und entworfen werden sollen. Es handelt sich dabei auch um Truppentransporte, die für die Ostwehre bestimmt sind. Daraufhin ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Hannover den auf braunschweigischem Gebiet liegenden Bahnhof Borsfelde besetzen, wogegen der Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig Einspruch erhob. Nunmehr hat er sich an die Öffentlichkeit mit folgendem Telegramm gewandt: Braunschweig, 14. Januar, 9 Uhr 50 Min. abends. Der Arbeiter- und Soldatenrat Hannover hat beschlossen, den Bahnhof Borsfelde mit Regierungstruppen zu besetzen und hat ihn besetzt. Das ist eine Provokation, um auch nach dem Freistaat Braunschweig Hintergraben und Gemetzel zu tragen. In Braunschweig hat bisher Ruhe und Ordnung geherrscht. Die braunschweigische Regierung wird sich durch unverantwortliches Vorgehen nicht provozieren lassen. Gegen den Versuch des 10. Armeekorps, Braunschweiger Gebiet zu besetzen, um Unruhen und Gemetzel hervorzurufen, wird die Regierung entschiedenen Einspruch bei den übrigen Bundesstaaten einlegen. Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig. Darauf hat der Arbeiter- und Soldatenrat Hannover folgendes Telegramm an sämtliche deutsche Regierungen und Arbeiter- und Soldatenräte der weiteren Umgebung gerichtet: Verantwortliche bevollmächtigte Vertreter der braunschweigischen Regierung erklären hier, daß braunschweigisches Gebiet beherrschende Truppentransporte von der braunschweigischen Regierung festgehalten und entworfen werden: In dieser Absicht halten braunschweigische Truppen alle Bahnhöfe außer den nach Frankfurt und Berlin führenden bereits besetzt. Wir befehlen darauf den Bahnhof Borsfelde an der Berliner Strecke, um Transporte, die für den Ostzug bestimmt sind, zu sichern, und verbindlich anzuweisen, sich der braunschweigischen Regierung die heute hier stattfindenden Verhandlungen. Nach der noch gültigen Militärkonvention zwischen Preußen und Braunschweig unterstehen alle braunschweigischen Truppenteile dem höchsten 10. Armeekorps. Auch sind die Bahnhöfe preussisches Staats Eigentum. Arbeiter- und Soldatenrat Hannover.

Hannover, 15. Januar. Laut Mitteilung der Presse- und Nachrichtenabteilung im Arbeiter- und Soldatenrat ist bei der heutigen Verhandlung zwischen den bevollmächtigten Vertretern der braunschweigischen Regierung und dem Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat des 10. Armeekorps vereinbart worden, daß auf der Strecke Hannover-Berlin durch das braunschweigische Gebiet sämtliche Züge des öffentlichen Verkehrs sowie Militärzüge und Militärtransporte, soweit sie nicht etwa Truppen enthalten, die für eine Gegenrevolution bestimmt sind, ohne von der braunschweigischen Regierung angehalten zu werden, befördert werden dürfen. Der Verkehr soll für Mittel wie für Militär auf den Eisenbahnhöfen der

braunschweigischen Republik von der braunschweigischen Regierung nicht gestört werden. Die braunschweigische Regierung ist verpflichtet, Familienunterstützungen an die zum Ostheer eingestellten Kameraden zu zahlen, wie das auch in Preußen der Fall ist. Den Kameraden der Ostwehre, die mit Ausweisen versehen sind, wird der ungehörte Aufenthalt im braunschweigischen Gebiete sichergestellt.

Zudendorffs Rechtfertigung.

Kopenhagen, 14. Januar. „Berlingske Tidende“ gibt nach einem Telegramm aus Ralmö eine Unterredung wieder, die der schwedische Gutbesitzer Ohlsson, bei dem sich gegenwärtig Zudendorff als Gast befindet, mit einem schwedischen Pressevertreter gehabt hat. Ohlsson erklärte, Zudendorff arbeite seit seiner Ankunft auf dem Gute Gröndholm an einer Verteidigungsschrift. Alle legen nun, fuhr Ohlsson fort, die Hauptschuld auf Zudendorff. Man vertritt dabei aber ganz, daß er bei Kriegsausbruch keine entscheidende Stimme gehabt hat, sondern nur Offizier im Generalstab war, wie viele andere. Erst August 1918 erhielt er auf die Kriegsführung Einspruch und seitdem sei ihm nicht ein einziges Mal erklärt worden, daß die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens vorhanden sei. Er sei niemals Anhänger anexionistischer Pläne gewesen, und irrtümlich sei auch die Behauptung, daß er sich einem Verständigungsfrieden widersetzt hätte. Das Telegramm schließt, man könne sicher annehmen, daß die Erklärungen Ohlssons in genauer Übereinstimmung mit den Gesichtspunkten stünden, die Zudendorff in seiner Verteidigungsschrift zum Ausdruck bringen wird.

Gegen die Aufhebung der geistlichen Ortsschulinspektionen.

Berlin, 15. Januar. Wie die „Germania“ berichtet, hat Minister Dirichs namens der preussischen Regierung auf den Einspruch des Episkopats gegen die Aufhebung der geistlichen Ortsschulinspektionen in einem Schreiben an Kardinal Hartmann mitgeteilt, daß die Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 27. November 1918, betreffend die Befestigung der geistlichen Ortsschulaufsicht, nicht zu Recht bestehe, da sie vom Kultusminister Hoffmann veröffentlicht wurde, bevor sie der preussischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt worden war. Die endgültige Regelung der Angelegenheit werde der preussischen Nationalversammlung oder einer später zu berufenden geistlichen Körperschaft vorbehalten sein.

Unterstützung von in Deutschland befindlichen Bulgaren und von deutschen Flüchtlingen in Bulgarien.

Berlin, 15. Januar. Der deutsche Hilfsausschuß für das rote Kreuz in Bulgarien hat unter Mitwirkung der deutschen Kolonie in Sofia und der Kreditbank in Sofia eine bulgarische Darlehnskasse errichtet, deren Verwaltung der deutschen Auskunftsstelle für Bulgarien, Berlin W 8, Behrensstraße 31, übertragen worden ist. Die Aufgabe der Darlehnskasse soll darin bestehen, in Deutschland befindlichen Bulgaren und deutschen Flüchtlingen aus Bulgarien, die ohne ihre Besitztümer in Notlage geraten sind, unter günstigen Bedingungen Darlehen in mäßiger Höhe zu gewähren.

Ein drohender russischer Einbruch in das Reich.

Berlin, 15. Januar. Nach der „Völkisch.“ nimmt die russische bolschewistische Gefahr eine ungeheure Ausdehnung an. Während man sich bei uns über die Abschaffung der Kommandogewalt und Ähnliches unterhält, bringt Trotski sein wohlgeordnetes Heer auf drei Millionen Mann. Schon rücken die Russen gegen die preussische Grenze und gegen Kowno vor. Es muß uns allen klar werden: Wir stehen vor einem neuen russischen Einbruch, der an Sicherheit alles Bisherige hinter sich lassen würde. Die Gefahr ist überwältigend groß. Ganz Deutschland, ganz Europa ist bedroht.

Auflösung der Posener Stadtverordnetenversammlung durch den polnischen Volksrat.

Posen, 15. Januar. Durch Reskript des obersten polnischen Volksrates ist die Posener Stadtverordnetenversammlung aufgelöst worden. Berlin, 15. Januar. Der Oberste polnische Volksrat in Posen hat der Regierung mitgeteilt, daß er zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit die Leitung der Verwaltung der Provinz Posen übernommen und die kommissarische Verwaltung des Amtes des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten dem Rechtsanwalt v. Tramperzynski übertragen habe.

Die polnische Gefahr.

Bromberg, 15. Januar. Die Nacht verlief ruhig. An der Nege fanden Patrouillenkämpfe statt. Polnische Banden entwickelten eine rege Tätigkeit. Eine Bande zeigte sich auf dem Bahnhofseisen, um zu streifen, verfiel aber nach kurzer Zeit wieder.

Die Weitergestaltung der inneren Lage.

Die Lage in Berlin. Berlin, 15. Januar. Nachdem die Säuberung des Stadtteiles Moabit von den Spartakisten im Laufe des heutigen Vormittags nahezu ganz beendet war, wurde heute mittag das Stadtinnere von Regierungstruppen von großer Stärke besetzt. Die Besetzung begann an der Breitenstraße nahe am Schloß und umschließt die ganze innere Stadt. Auf dem Dönhofsplatz und am Spittelmarkt ist schwere Artillerie aufgestellt. Mehrere der in den letzten Nächten von den Spartakisten beschossenen Straßen sind durch Stoßtrupps besetzt, die Maschinengewehre mitführen. Auch Infanterieabteilungen mit Minen- und Flammenwerfern sind eingetroffen. Ferner sah man Handbatterien und Züge von Feldartillerie. Auch Panzerkraftwagen und Tankabteilungen nahmen an der Besetzung teil. Zahlreiche Infanteriezüge marschierten auf der Potsdamer Straße entlang dem Tiergarten zu. Auch der Nordosten und Norden der Stadt wurden heute mittag von Regierungstruppen besetzt. Viele Straßen wurden gesperrt. Ferner wurde in den ersten Mittagsstunden mit der Besetzung von Neudöln begonnen.

Berlin, 15. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: In den beiden letzten Nächten sind die auf dem Bahnhofspostamt am Anhalter Bahnhof aufgestellten 50000 Exemplare der „Völkisch.“ beschlagnahmt worden. Der Verlag des Blattes hat bei

der Regierung Beschwerde eingelegt. In den betreffenden Nummern des Spartakusorgans waren die Ergebnisse in Aufsätzen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg veröffentlicht worden, die zu neuen Taten aufreizten. Berlin, 15. Januar. Wie behauptet wird, soll bei der heute vorgenommenen Besetzung von Stadtteilen Großberlins durch Regierungstruppen zum Zwecke der Waffenabnahme das Parteibüro der U. S. P. D. von 30 Soldaten unter Führung eines Offiziers in unerhöhter Weise verhöhnt worden sein. Die Reichsregierung verurteilt solche Ausschreitungen aufs schärfste und wird jeden Schuldigen ohne Nachsicht zur Verantwortung ziehen. Es ist bereits einwandfrei festgestellt, daß in dem Falle des Parteibüros der U. S. P. D. nicht die Kosaken Truppen, sondern eine Abteilung der Volkswehr aus dem Reichstage unter Führung des Deputierten Schöder in Frage kommt. Dieser ist bereits festgenommen worden. Berlin, 15. Januar. Der heutige Abend ist im Zeitungsquartier sehr viel ruhiger verlaufen als die vergangenen. Erst zwischen 11 und 12 Uhr hörte man wieder einige Schüsse und das Feuer eines leichten Maschinengewehres, das wieder von einem Dache zu kommen schien.

Bericht über die Verhaftung Liebknechts.

Berlin, 16. Januar. Wie in verschiedenen Abendblättern übereinstimmend gemeldet wird, gelang es gestern in später Abendstunde, Karl Liebknecht in der Wohnung eines seiner Freunde in der Rauscherstraße zu verhaften. Zwei Mann von der Garde-Schützenbrigade fanden ihn dort, nahmen ihn fest und brachten ihn zunächst in das Stabsquartier im Oberhotel. Er wurde unter starker Bedeckung in einem Auto an einen sicheren Ort gebracht, über den zurzeit laut „Lokalanzeiger“ Stillschweigen bewahrt wird. Bald nachdem das Auto verschwunden war, wurde auch Rosa Luxemburg im Oberhotel eingeliefert.

Amsterdam, 15. Januar. Die „Lijb“ meldet von der deutsch-holländischen Grenze, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sich unter falschem Namen in Drenthe aufhalten sollen. Beide wollten nach den Niederlanden flüchten, wurden jedoch dadurch aufgehalten, daß sie nicht im Besitz der nötigen Pässe waren.

Vorübergehende Inhaftnahme Kautskys.

Berlin, 16. Januar. Gestern nachmittag wurde der Volksbeauftragte im Auswärtigen Amt Kautsky unter der Beschuldigung der Verbindung mit Rosa Luxemburg verhaftet, aber nach kurzem Verhör sofort wieder freigelassen.

Ende des Streiks der Angestellten der Berliner Hochbahn.

Berlin, 16. Januar. Der Streik der Berliner Hochbahnangestellten wurde beendet. Der Betrieb wird heute im vollen Umfang wieder aufgenommen.

Einspruch der Ersten sächsischen Ständekammer gegen die Befestigung des Landtages.

Das Direktorium der Ersten Ständekammer hat an das Sächsische Gesamtministerium folgendes Schreiben gerichtet: Die Mitglieder der Ersten und Zweiten Ständekammer haben von dem Ministerium des Innern nachstehende Verfügung erhalten: Dresden, den 27. Dezember 1918. Nr. 224 I L. Mit der durch die neue Regierung beschlossenen Aufhebung des Landtages des ehemaligen Königreichs Sachsen sind auch die den Mitgliedern der Ersten und Zweiten Kammer der Ständekammer ausgestelltene Eisenbahnfreibahntickets nicht mehr als gültig anzusehen. Es wird daher um deren alsbaldige Aufhebung ersucht.

Ministerium des Innern.

„Diese erstmalige an die Mitglieder der Ersten Ständekammer persönlich gelangte öffentliche Mitteilung über die durch die neue Regierung beschlossene Aufhebung des Landtages des ehemaligen Königreichs Sachsen“ gibt dem Direktorium der Ersten Ständekammer Veranlassung, gegen die verfügte Aufhebung der Ersten Ständekammer mit aller Entschiedenheit Beschwerde einzulegen. Die Verfügung ist ungesetzlich und darum in unseren Augen null und nichtig.

Dresden, den 6. Januar 1919.

Das Direktorium der Ersten Ständekammer. gez. Bismuth. Karl v. Hübel. An.

Daraufhin hat das Gesamtministerium der ersten Verfügung eine zweite folgen lassen, in der die Gültigkeit der Fahrtkarten bis zum 2. Februar bestätigt wird. Aber auch in dieser zweiten Verfügung ist wiederum von der „Befestigung der Kammer“ die Rede, wogegen wieder Beschwerde eingelegt worden ist.

Die Unruhen in Bremen.

Bremen, 15. Januar. Nach den Morgenblättern ist über den Ausgang der gestrigen Unruhen noch nachzutragen, daß sich der Rat der Volksbeauftragten, der Vollzugsrat und der Arbeiter- und Soldatenrat dahin einig sind, die Mißverständnisse, die zu den Unruhen geführt haben, aus der Welt zu schaffen und eine Einigung zu erzielen. Die Räte haben daher alle Arbeiter und Soldaten der Republik Bremen zur Massenversammlung ein. Des weiteren wird berichtet, daß der Stadtkommandant Ebs abgesetzt worden ist und erklärt hat, sich aus dem politischen Leben zurückziehen zu wollen. Die gestern verhafteten Räte-mitglieder sind inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden. Heute mittag versammelte sich auf dem Marktplatz und vor dem Rathaus eine große Anzahl von Arbeitern aus den Industriebetrieben. Die Ordnung wurde von Sicherheitsmannschaften aufrechterhalten. Vormittags trafen die Straßenbahnen in einen Vollauftrieb und veranstalteten einen Demonstrationzug durch die Stadt. Von Rathausballon aus wurden von mehreren Beobachtern an die Versammelten unter großem Beifall Ansprachen gehalten. Die Forderungen sind von der Direktion der Straßenbahn angenommen worden.

Bremen, 15. Januar.

In Bremen, wo die gesamte wirtschaftliche und politische Macht in den Händen der pro-etat.ischen Räteregierung liegt, ist am 10. d. M. das Ständerecht verhängt worden. Alle Bürger und Offiziere mußten bei Todesstrafe bis zum 11. Januar ihre sämtlichen Waffen abliefern. Der Rat der Volkskommissare erließ eine Verfügung, nach der bis auf weiteres außer den Sicherheitspatrouillen weder bewaffnete Militär noch bewaffnete Arbeiter sich auf den Straßen aufhalten dürfen. Gleichzeitig wurde wieder der Belagerungszustand über Bremen verhängt.

Ausdehnungsgelüste der Republik Rughaven.

Hannover, 15. Januar. Nach einer Meldung der

Abteilung für Presse- und Arbeiter- und Soldatenrat ist der hannoversche Kreis Hadeln zu einem Teil der Republik Auzhaven erklärt und militärisch besetzt worden.

Ultimatum staatlicher Beamter und Arbeiter an die Republik Auzhaven.

Hannover, 15. Januar. Die Presse- und Nachrichtenabteilung der Arbeiter- und Soldatenräte teilt folgende Depesche aus Auzhaven mit: Die Beamten, Staatsarbeiter und das Lehrpersonal in Auzhaven haben der sozialistischen Republik Auzhaven ein Ultimatum gestellt, worin unter Androhung des Ausstandes u. a. gefordert werden: Aufhebung der sozialistischen Republik Auzhaven, Anerkennung der Gesetze der Reichsregierung, keine Einmischung in den Dienstbetrieb der Behörden, keine Verhaftung und Abfertigung der Beamten, keine Eingriffe in das Privateigentum, Sicherung der Wahlen und Aufhebung aller Beschlüsse, die diesen Forderungen zuwiderlaufen. Das Ultimatum läuft morgen früh 8 Uhr ab.

Einspruch des Essener Bergbauvereins gegen die Überwachung durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

Essen, 15. Januar. Gegen seine Befehung mit Kontrollkommissionen durch den Arbeiter- und Soldatenrat in Essen hat der Bergbauverein beim Volksbeauftragten Ebert mit folgenden Ausführungen Einspruch erhoben: Die Kontrolle der Geschäftsführung des Bergbauvereins und des Bechenverbandes sowie die gewünschte Einsicht in die Bücher und Befolgung der Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates sind ein eigenmächtiger Eingriff in Wirkungsbereich und Eigentum des Bergbauvereins und Bechenverbandes als privater Vereinigung von Arbeit, ebern, ein Bruch des Privatrechts und der Privatfreiheit, in Widerspruch zu den wiederholten feierlichen Zusicherungen der gegenwärtigen Regierung. Der Bechenverband der Arbeitgeber ist das selbe, was für die Arbeitnehmer die Gewerkschaften sind. Nichtigmachung gleicher Rechte und Bewegungsfreiheit an beide widerspricht einer Grundforderung der Arbeiterbewegung selbst und rückt den Zerfall der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in drohende Nähe.

Essen, 15. Januar. Wie von zühändiger Seite mitgeteilt wird, sind bei der heutigen Morgenlicht im Essener Kohlencoier auf sechs Bechen etwa 2700 Mann nicht angefahren.

Die Lage in Oberschlesien.

Beuthen, 15. Januar. Auf der Georg- und Radziankau-Grube ist der Ausstand tatsächlich erloschen. Auf der Ferdinandgrube fuhren heute von 1500 Mann nur etwa 300 ein. Auf der Zubenoggrube kam es gestern zu einer wilden partakistischen Ausschreitung. Dem Kubistler Soldatenrat gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. Die Streikenden verlangten darauf die sofortige Entfernung des Militärs, entschlossen sich aber, als ihre Forderung nicht erfüllt wurde, zur Einsahrt. Auf der Brechengrube ist es am 11. d. M. vor der Wohnung des Direktors zu großen Menschenansammlungen und Gewalttätigkeiten gekommen. Die militärische Schutztruppe griff aber sehr kräftig ein, wobei ein junger Arbeiter schwer verwundet wurde. Darauf ergriß alles die Flucht. Die Spartakisten forderten vor der Einsahrt der Belegschaft die Entfernung des Militärs, dessen unterschiedenes Vorgehen aber die Bestimmung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter so gefährlich hatte, daß sie zur Flucht hielten und die kämpfenden Spartakisten mit Gewalt entfernten.

Berlin, 15. Januar. Der preussische Ministerpräsident Hirth und das Mitglied der Reichsregierung Landsberg begaben sich heute abend zu Verhandlungen nach Ratowitz in Oberschlesien.

Beuthen, 15. Januar. Der Betrieb auf der Ferdinand-Grube ruht. Auf der Radziankau-Grube arbeiten 75 Proz. der Belegschaft, während auf allen übrigen Gruben voll gearbeitet wird.

Ausstand im Rheinisch-Westfälischen Wasserwert.

Mülheim, 15. Januar. Gestern mittag 12 Uhr traten sämtliche Arbeiter und Handwerker des Rheinisch-Westfälischen Wasserwertes wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand. Ein Vermittlungsvorschlag von 14 bis 16 Mark Lohn seitens des Direktoriums wurde kategorisch abgelehnt. Heute morgen um 10 Uhr wollten Mitglieder des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates über die Beilegung des Streiks verhandeln. Durch den Ausstand sind die Bezirke Mülheim, Duisburg, Oberhausen, Essen-Vorfeld, Ettertrabe, Okerfeld, Bottrop, Gladbeck usw. ohne Wasser. Auf den Bechen und sonstigen Industrieanlagen macht sich diese Gewaltmaßnahme empfindlich geltend.

Mülheim, 15. Januar. Die Arbeiter und Handwerker des Rheinisch-Westfälischen Wasserwertes haben heute mittag nach Verhandlungen mit dem A- und S-Rat die Arbeit wieder aufgenommen. Die endgültige Regelung der Arbeit behält sich das Direktorium vor.

Ausstand der Straßenbahnangehörigen in Frankfurt a. M.

Frankfurt, 15. Januar. Die hiesigen Straßenbahnangehörigen traten heute in den Ausstand. Der gesamte Betrieb ruht.

* Die in Berlin am 14. Januar ausgegebene Nr. 6 des Reichsgesetzblattes enthält: 1. Sammelmachung zur Abänderung der Bekanntmachung über Stillschiff vom 18. Januar 1917; 2. Sammelmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsverlorenen (Kapitalabfindungsgesetz); 3. Verordnung über die Ermächtigung des Reichsschatzamt zu vorläufigen Maßnahmen gegen die Steuer- und Kapitalflucht; 4. Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter, sowie Bericht und zur Ergänzung und Auslegung der Verordnung über eine militärische Armee vom 7. Dezember 1918.

Ausland.

Der deutsch-österreichische Staatssekretär Dr. Bauer über das Ultimatum an Serbien.

Wien, 15. Januar. Der Staatssekretär Dr. Bauer erklärte heute in einer von der sozialdemokratischen Partei

veranstalteten Wählerversammlung, wie eine Lokalkorrespondenz berichtet, daß das Ultimatum an Serbien sechs- mal neu entworfen wurde, bis es das siebente Mal jenen Text erhielt, von dem man annehmen mußte, daß die Serben ihn nicht würden gutheißen können. Es dürfte nie wieder geschehen, daß vier Herren, wie seinerzeit Berchtold, Stürgkh, Tissa und Conrad einen Krieg ansetzen könnten. Es dürfe im Staate keine Gewalt mehr geben, die nicht vom Volke eingesetzt und dem Volke nicht verantwortlich sei. Darum müßten die Wähler die Republik sichern und die Rückkehr der Monarchie unmöglich machen.

Die Sitzungen des obersten Verpflegungsrats der Verbündeten.

Paris, 15. Januar. Die dritte Sitzung des obersten Verpflegungsrates der Verbündeten wurde am 13. Januar im Verpflegungsministerium abgehalten. Die Konferenz hörte einen Bericht über die gegenwärtige Verpflegungslage, insbesondere in bezug auf Belgien und die nördlichen Gegenden Frankreichs, sowie Mitteleuropa. Der Rat beschloß die Einsetzung eines Ausschusses aus Vertretern der vier Großmächte. Im allgemeinen wurde festgestellt, daß die Vorräte der ganzen Welt bei weitem genügen, um die Versorgung der Verbündeten und befreiten Nationen zu sichern. Gegenwärtig werden alle Maßnahmen getroffen, um die Prüfung und die Lösung der mit den Finanzfragen und den See- und Landtransporten zusammenhängenden Fragen zu sichern, bis das Projekt eingeht, das die Vertreter der vier Schächtmächtig einreichen werden. Man einigte sich grundsätzlich dahin, daß die vier vertretenen Mächte an dem nötigen Finanzabkommen teilnehmen werden. Die Versorgung der Neutralen und Bulgariens wurde ebenfalls geprüft, sowie Einzelheiten der Organisation des Rates.

Französische Wechseleoperationen für Elsas-Lothringen.

Paris, 15. Januar. (Agence Havas.) Der Minister ermächtigte den Finanzminister Klotz zur Einbringung eines Gesetzentwurfes, durch den bei der Staatskasse ein besonderes Konto eröffnet wird für die Wechseleoperationen bezüglich des deutschen Geldes, das den nach Elsas-Lothringen heimgekehrten Kriegsgefangenen oder den Einwohnern der befreiten Gebiete gehört. Die Auszahlung zum gewöhnlichen Kurse von 1,25 Franc. fällt Deutschland zu. In Erwartung der Rückzahlung wird der eingebrachte Entwurf das Datum vom 26. Dezember ergänzen, das den Austausch versichert und ermöglicht, das Münzsystem, unter dem sich die Geschäfte Elsas-Lothringens entwickeln, zu vervollständigen und festzusetzen.

Die Wiedereröffnung des französischen Senats und der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 15. Januar. Die Sitzungen des Parlaments wurden gestern eröffnet. Dubost wurde mit 98 Stimmen wieder zum Senatspräsidenten, Deschanel wieder zum Kammerpräsidenten gewählt.

Zur Demobilisierung in Frankreich.

Bern, 14. Januar. Nach Pariser Meldungen hat der sozialistische Verband am Sonntag eine Versammlung zur Förderung einer schnellen Demobilisierung einberufen. Im Gegensatz zu mehreren Deputierten erklärte der Deputierte Loyal, daß eine schnelle Demobilisierung durch das Fehlen einer Klausel im Waffenstillstandsvertrage betreffend die Demobilisierung Deutschlands unmöglich sei. Die Rede Loyals wurde durch Zwischenrufe der Zuhörer unterbrochen: Es lebe die Internationale! Es lebe das Rußland der Sowjets!

Der Prozeß gegen den Mörder Jaurès.

Paris, 15. Januar. (Agence Havas.) Der Prozeß Jaurès, der Mörder Jaurès, wurde endgültig auf den 24. März festgelegt.

Die internationale sozialistische Zusammenkunft.

Paris, 15. Januar. (Agence Havas.) Arthur Henderson beriet sich während des ganzen Dienstag morgen mit Haysmans und verständigte sich mit ihm über alle Punkte, die der internationalen sozialistischen Zusammenkunft vorgelegt werden sollen. Als Henderson über die Haltung, die er auf der Zusammenkunft einzunehmen gedenke, angesprochen wurde, erklärte er, daß man die Deutschen und alle anderen Feinde zur Zusammenkunft zulassen werde. Diese werde voraussichtlich in Bern stattfinden. Man habe zuerst eine einzige Zusammenkunft gemäß dem Vorschlag Comperes vorgezogen. Doch werde es infolge der Tatsache, daß sich die amerikanischen Trade-Unions jeder Politik enthalten, zu zwei von einander getrennten und nebeneinander laufenden Zusammenkünften kommen; die eine sei korporativ und gewerkschaftlich, die andere sozialistisch. Henderson bemerkte des weiteren, er müßte sich gegenwärtig mit Albert Thomas, Bandervelde und Roubaux über zahlreiche Ziele der Zusammenkunft besprechen, deren hauptsächlichste seien Abrüstung und Einführung des allgemeinen Rechtes auf freie Arbeit.

Die Zeichnungen auf die englische Kriegsanleihe von 1917.

London, 15. Januar. Das Schatzamt teilt mit, daß die Zeichnungen auf die National-War-Bonds, die seit dem 1. Oktober 1917 anliegen, 1500 Millionen Pfd. Sterl. überschritten und somit den Rekord der vierten amerikanischen Freiheitsanleihe, welche dieselbe Summe annähernd erreicht hatte, um mehr als 100 Millionen Pfd. Sterl. geschlagen haben. In der letzten Woche habe die Zunahme der Zeichnungen sich noch beschleunigt.

Lenin über die Zukunft des Bolschewismus.

Amsterdam, 15. Januar. Einem hiesigen Blatte zufolge meldet der "Times"-Korrespondent aus Petersburg, daß Lenin allerlei düstere Ansichten über die Zukunft des Bolschewismus zu äußern beginne. So hat er zum Beispiel gesagt, hätten wir uns, die Fehler des vergangenen Jahres zu wiederholen, sonst wird unser Los dieses Jahr der Tod sein.

Die Gefahr des Bolschewismus.

Berlin, 15. Januar. Norwegische Stimmen weisen darauf hin, daß die einzigen Stellen, die in Rußland ar-

beiten, die Munitionsfabriken sind. Die Bolschewisten rücken mit aller Kraft, um sich ihre Macht zu erhalten. Sie haben bereits eine Armee von einer Million Mann aufgestellt. Vor dem 1. März wollen sie sie auf drei Millionen bringen. In fast allen Garnisonen wird eifrig exerziert. Die Disziplin wird mit rücksichtsloser Strenge aufrechterhalten. Bewaffnung, Bekleidung und Verpflegung der jungen Truppen ist nach übereinstimmenden Meldungen vorzüglich. Mit dieser Armee will Trotzki die bolschewistischen Ideen über ganz Europa verbreiten. Feindliche Armeen, zum Beispiel die des Verbands, fürchtet er nicht, weil er damit rechnet, daß die werbende Kraft der bolschewistischen Propaganda so groß ist, daß zwei Drittel der sich ihm stellenden Gegner ohne weiteres kampfslos übergeben werden. Daß eine solche Armee für unsere Ostseeprovinzen und für ganz Deutschland eine sehr große Gefahr bedeutet, liegt auf der Hand. Selbst es nach Trotzki, dann wird Deutschland wieder ganz besonders in seinen Grenzprovinzen, wie im 30-jährigen Kriege, der Tummelplatz fremder Kriegsvölker. Es gilt daher, die Augen offen zu halten und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß unserm schon so tief geschlagenen Vaterlande diese neue Prüfung erspart bleibe.

Die militärische Lage in Estland.

London, 13. Januar. (Reuter.) In London sind Nachrichten aus Archangelsk eingetroffen, wonach eine wichtige Entwicklung der militärischen Lage in Estland eingetreten ist. Vier russische Abteilungen in der nördlichen Gegend marschieren jetzt in der Richtung auf Wolgda, wo diese Bewegung erfolgreich ist. Sie werden den Streitkräften von Archangelsk ermöglichern, mit der Dmsk-r Regierung zusammenzuarbeiten, deren Truppen, nachdem sie den Bolschewisten eine Niederlage beigebracht hatten, in Richtung auf Wiatka vorrückten.

Niederlage der Bolschewisten im Kaukasus.

Djessa, 15. Januar. General Deniken brachte den Bolschewisten am Kumafluß im Kaukasus eine schwere Niederlage bei. Alexandria und Gruscha wurden nach zweiseitigen Kämpfen besetzt. Eine Anzahl Feldgeschütze und zwei Maschinengewehre wurden erbeutet. Es wurden bereits über 1000 Gefangene eingebracht.

Ende der Feindseligkeiten zwischen Armeniern und Georgiern.

London, 15. Januar. Reuters Korrespondent bei den britischen Streitkräften in Mesopotamien meldet aus Batu, daß die Feindseligkeiten zwischen Armeniern und Georgiern aufgehört haben. Auch der Generalausstand in Batu ist beigelegt.

Die Frage der Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers.

Haag, 15. Januar. Der Justizminister Heemskerk erklärte, wenn ein formelles Ersuchen um Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers einlaufen würde, dann würde der gesetzliche Weg seines Erachtens der sein, von dem Gericht des Arrondissements, in dem der Kaiser sich aufhält, Rat einzuholen. Nach Einholung dieses Rates würde die Angelegenheit durch den Justizminister entschieden werden. Mit Rücksicht darauf ist der Spruch der zu Rate gezogenen Rechtsgelehrten vertraulich.

Die annexionistischen Pläne Frankreichs gegenüber den Niederlanden.

Amsterdam, 15. Januar. Die "Lijd" meldet: Es bestehen neue Anzeichen dafür, daß nicht Belgien, sondern Frankreich hinter dem annexionistischen Treiben steht, das zum Ziele hat, den Niederlanden widerrechtlich Land abzunehmen. Man kann sich heute immer schwerer der Ansicht widersehen, daß die französischen Annexionisten ihre Begierden nach Belgien aufbrängen, um die Aufmerksamkeits davon abzulenken, daß sie selbst die Hand an Luxemburg legen und Belgien mit niederländischem Gebiet entschädigen wollen.

Die Abdankung der Großherzogin von Luxemburg.

Luxemburg, 15. Januar. Die Großherzogin Adelheid dankte ab. Ihre Schwester Charlotte ist Großherzogin und leistete vor einer Abordnung der Kammer am 15. d. M. den Eid auf die Verfassung.

Paris, 15. Januar. (Reuter.) Die luxemburgische Regierung teilte der französischen die Thronbesteigung der Prinzessin Charlotte mit.

Eine internationale Gewerkschaftsversammlung in der Schweiz.

Bern, 15. Januar. Nach dem "Progrès de Lyon" hat der Verwaltungsausschuß der Confédération Générale du Travail die Frage der Einberufung einer internationalen Gewerkschaftsversammlung im Verein Haysmans und Suchomlinow, des Vertreters der russischen sozialistischen revolutionären Partei, erörtert. Der Ausschuß verlangte im Gegenzug zu einer etwaigen militärischen Intervention in Rußland eine Intervention zugunsten der wirtschaftlichen Organisation des Landes, die sich auf die Zusammenarbeit aller Organisationen richtet. Der internationale Gewerkschaftskongreß müsse eine gemeinsame offensive Aktion gegen jede militärische Intervention in innere Angelegenheiten eines Volkes beschließen. Der Ausschuß besprach erneu die Vorbereitung der Organisation der internationalen Gewerkschaftsversammlung in der Schweiz und setzte den Zusammentritt für die ersten Tage des Februar fest.

Die Lage in Portugal.

Lissabon, 15. Januar. (Agence Havas.) Es herrscht fortwährend Ruhe ausgenommen in Santarem, wo die Aufständischen die militärische Leitung dem Obersten Jaime Figueredo, dem Kommandeur des 3. Artillerieregiments, übergeben haben. Die von Theophile Duarte beschickten Streitkräfte marschieren auf Covilhä, wo Agitatoren unter den Soldaten Gehorsamsverweigerungen hervorgerufen haben. Cunha Real wurde von den Aufständischen zum Zivilgouverneur von Santarem ernannt. Er befahl den Einwohnern, die Stadt, die in der Mehrzahl konservativ ist, zu räumen. Sodann wurde die Belagerung von Santarem begonnen.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Russland.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Lage in Spanien

Rotterdam, 15. Januar. Nach dem Nieuws Rotterdam, Cour. wird den Daily News vom Montag gemeldet, daß die Regierung wegen der unruhigen Stimmung der Arbeiter in Spanien, vor allem in Katalonien und Andalusien, sehr besorgt ist. In Katalonien wurden mehrere Arbeitgeber ermordet. Die Täter sind in den meisten Fällen unerkannt geblieben. Die Regierung befürchtet eine bolschewistische Bewegung und hält die Russen in Spanien unter strenger Aufsicht. Die konservativere Presse verlangt Unterdrückungsmassregeln, während die Blätter der Linken politische und wirtschaftliche Reformen empfehlen. Die Konservativen unter Dato bereiten einen Angriff auf die Regierung vor, deren Sturz in den ersten Tagen der Sitzung der neuen Cortes erwartet wird. Graf Romanones hat erklärt, er sei bereit, seine Entlassung zu geben, wenn eine starke monarchistische Kombination die Fäden der Regierung in die Hand nehmen würde.

Der amerikanische Senat und die Völkerbundfrage.

Washington, 14. Januar. (Neuter.) Am Nachmittag verhandelte der Senat über Friedensfragen, besonders über die Frage des Völkerbundes. Die demokratischen Senatoren drängten auf die Bildung eines Völkerbundes. Der Republikaner Borah griff das Programm der League of Enforce Peace, an deren Spitze Taft steht, heftig an, und erklärte, daß dieses Programm die Einführung der Dienstpflicht bedeuten würde. Er sprach sich auch gegen ein großes Flottenbauprogramm aus.

Argentinien und der Völkervereinigung.

Amsterdam, 15. Januar. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge erfährt die „Times“ aus Buenos Aires, daß die bolschewistischen Einflüsse bei den letzten beendeten Unruhen durch die Verhaftung von Petrovsk, der sich selbst zum Präsidenten der argentinischen Sowjetregierung ernannt hatte, jetzt endgültig festgestellt ist. Die öffentliche Meinung fordert gesetzliche Massregeln, um eine Wiederholung dieser Gefahr zu verhindern und den Kredit Argentiniens wiederherzustellen.

Verhängung des Kriegszustandes über Argentinien.

New York, 15. Januar. (Neuter.) Nach einem Telegramm aus Buenos Aires hat das Abgeordnetenhaus eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die über die ganze Republik der Kriegszustand verhängt wird.

Kleine politische Nachrichten.

London, 15. Januar. Die vom ausführenden Komitee des englischen Verbandes der Seelen und Heiser einberufene internationale Konferenz von Seelen und Heiser wird in London am 24. Februar eröffnet werden.

Washington, 14. Januar. (Neuter.) Eine grundsätzliche Einigung über die Beaufichtigung der sibirischen und der chinesischen Ostbahn durch einen gemischten Ausschuss der Verbündeten ist erzielt worden.

Lima, 15. Januar. In Callao begann Generalstreik, an dem über 30 000 Arbeiter beteiligt sind. Die Angehörigen der Seemannsorganisationen in Lima sind in einem Sympathiestreik getreten.

Wissenschaft und Kunst.

Wissenschaft und Technik.

Aus New York wird gemeldet: Während des Krieges wurde in Amerika eine neue Methode für die Aufnahme drahtloser Meldungen mittels unterirdischer Stationen erfunden, bei der eine Wasserfläche als Empfänger dient. Es gelang bereits, drahtlose Meldungen viel besser unterirdisch weiterzugeben und aufzunehmen als durch gewöhnliche Stationen. Dieses neue System wird besonders den Unterseebooten die Möglichkeit geben, mit sehr einfachen Apparaten drahtlose Meldungen aufzunehmen, und zwar ohne aufzutauchen. Es gelang dem Erfinder Roger sogar, mit einem einfachen Apparat unter Wasser Meldungen abzufangen, vorläufig allerdings nur über eine Entfernung von zwei Meilen.

In der Wissenschaft wurde bereits häufig die Vermutung aufgeworfen, daß die Frau über einen stärker ausgeprägten Farbensinn verfügt, als der Mann, und daß sie imstande ist, Farben deutlicher und scharfer zu unterscheiden. Das Ergebnis umfassender Untersuchungen auf diesem Gebiete, die Frucht wiederholter Beobachtungen, zeigte, daß die alle Annahme von dem stärker entwickelten Farbensinn der Frau einer gewissen Revision bedürftig ist. Denn die Versuche bewiesen, daß der Mann rot, gelb und grün scharfer wahrnimmt, als die Frau, dagegen haben die Frauen wieder ein genaueres Unterscheidungsvermögen für die blaue Farbe. Nach anderen Versuchen ergab sich, daß der Mann auf weißem Grunde blau und gelb besser wahrnimmt, die Frau dagegen rot und grün. Bei allen Schwankungen in den Beobachtungen konnte aber doch aus der Fülle des beobachteten Materials der Schluß gezogen werden, daß im allgemeinen der Farbensinn des Mannes stärker entwickelt ist als der der Frau, womit eigentlich die alte Hypothese, die gerade die umgekehrte Behauptung aufgestellt hatte, über den Farbensinn erwiesen erscheint.

Erst jetzt wird bekannt, daß vor längerer Zeit im hohen Alter von 86 Jahren der deutsch-englische Arzt Sir Hermann Weber in London gestorben ist, der dem deutschen Namen und der deutschen Wissenschaft in England Ehre gemacht hat. Weber war fast ein halbes Jahrhundert lang Arzt am deutschen Hospital in London und hat durch fruchtvolle wissenschaftliche Arbeit besonders auf dem Gebiete der Nervenheilkunde und der klimatischen Behandlung der Lungenschwindsucht sich in seinem Vaterlande einen geachteten Namen gemacht, so daß er zum Präsidenten des Royal College of Physicians gewählt wurde. Auch wurde ihm der Adelstitel verliehen. Mit der deutschen Medizin blieb Weber in enger Fühlung. Auch im vergangenen Weltkrieg hat er das deutsche Vaterland nicht verlassen und sich der deutschen Kriegsgefangenen warm angenommen. Noch beim letzten internationalen medizinischen Kongress in London 1913 war das Haus des neunzigjährigen der Mittelpunkt großen gesellschaftlichen Lebens. Auch nachher noch hat er seine

Freud geordnete, auf richtiger Verteilung von Arbeit und Erholung beruhende Lebensweise fortgesetzt und an sich selbst die Wichtigkeit der in seinem Buche „On means for prolongation of life“ niedergelegten Lebensregeln erwiesen.

Literatur. Aus Basel wird gemeldet: Die Schweizer Schillerstiftung verlieh dem Dichter Paul Käg eine Ehrengabe von 1000 Franken, vor allem für seine Bibelbearbeitung und Nachdichtung, deren Schlussband später erscheinen wird.

Salvatore Farina, in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, neben D'Annunzio wohl der vornehmlichste Schriftsteller Italiens, ist vor kurzem in Mailand im Alter von 74 Jahren gestorben. Seine Romane und Novellen, die, wenn auch nicht in der literarischen Bedeutung, so doch in seinem Humor sehr stark an Dickens erinnern, wurden in fast alle europäischen Sprachen übersetzt; ins Deutsche sogar mehrmals. Im Jahre 1888 hielt Farina in Berlin Vorträge über die italienische Literatur für Deutschland betätigte er stets eine lebhafteste Zuneigung.

Bildende Kunst. Aus London wird gemeldet: Nach Friedensschluss eröffnet die Londoner Handelskammer in Zusammenarbeit mit mehreren künstlerischen und kunstgewerblichen Verbänden ein Institut für Kunstgewerbe. Vorgezogen ist die Schaffung 1. einer dauernden Londoner Ausstellung von Erzeugnissen des modernen britischen Handwerks und der Industrie, die einen hohen Grad künstlerischer Technik aufweisen, 2. der Ausstellung angelegelter Verkaufsstellen; 3. von einem Fonds zum Ankauf von im Institut ausgestellten wertvollen Erzeugnissen für den Staat; 4. einer Organisation, die das Kunsthandwerk in engere Verbindung mit Fabrikanten, Händlern usw. bringen soll; 5. von Provisions- und Wanderausstellungen nach dem Vorbild der Londoner Ausstellung. Außer einem Verwaltungsrat soll das Institut einen unabhängigen Juratschuss besitzen, der alle ausstellenden Erzeugnisse prüfen wird.

Die Versteigerung der Sammlung Reisinger in New York, die im verfloffenen Jahre stattfand, zeigt, wie energisch die Amerikaner den Deutschen auch in ihrer Kunst den Krieg zu machen suchen. Ein kleines Bild von Renel, das 1907 um 16 000 M. erworben war, wurde mit 3360 M. bezahlt, ein Lenbach mit 10 800 M. (1906 mit 40 000 M. gekauft), das Bild „Polospiel“ von Max Liebermann mit 5000 M. (um 24 000 M. erworben), ein Strandbild von Liebermann mit 5500 M. (1912 gekauft um 32 000 M.), ein Runkel mit 1600 M. (1890 um 24 000 M. gekauft). Die Sorge, daß die neuere deutsche Kunst nach dem Ausfall abwandern wird, ist also unbegründet. Dagegen wurde noch kurz vor dem Krieg ein mäßiges Bild von Dürer mit fast einem Million Mark bezahlt. Französische Bilder der gleichen Versteigerung erzielten dagegen das Drei- bis Fünffache der Verkaufspreise.

Musik. Die neue Oper von Richard Strauß, „Die Frau ohne Schatten“, kommt am 1. Oktober dieses Jahres im Wiener Opernhaus unter der Leitung des Komponisten zur Uraufführung.

Vortrag. In der „Neuen Vereinigung für Kunst/Dresden“ las Walter Hasenclever gestern abend im kleinen Saal der Dresdner Kaufmannschaft die politische Dichtung „Der Ketter“ vor. Über diese bereits im Frühjahr 1915 abgefaßt und bisher von der Zensur verbotene Dichtung in Dialogform läßt sich nach ihrer einmaligen Vortragsdurchführung durch Walter Hasenclever kein abschließendes Urteil bilden. Fest scheint zu stehen, daß dieses Stück beim Lesen keine häßliche Wirkung ausüben wird. Wie die meisten der neuen dramatischen Erscheinungen ist es kein Drama der Tat, sondern der Worte. Fürst, Staatsmann, Feldherr und Dichter philosophieren über die Berechtigung und Vermeidungsmöglichkeiten des Krieges. Oft klingen gute Gedanken in eigentümlichen Wendungen auf, manchmal wird die Seele des Zuhörers durch schöne Lyriken in Schwingungen versetzt; manchmal aber bleibt man unberührt von allzu lange dauernden Schwallen feingefühliger Reden. Trotz der einzelnen dichterischen Aufschwünge ist „Der Ketter“ keine Dichtung, sondern ein geistreicher Dialog. Im zweiten Teil des Abends las Hasenclever Gedichte aus dem Buche „Tod und Auferstehung“, darunter solche pamphletischer Art. Da das alte System erliegt ist, sind die in manchen der Gedichte gegen dieses in geschwollenen Tönen erhobenen Anschuldigungen von der Zeit überholt und berühren genau so unangenehm wie die ihnen gestellten Verfallskürme der Zuschauer. H.

Theater, Konzerte, Vorträge.

Mitteilung aus der Kanlei des Residenztheaters. Morgen Donnerstag und während der folgenden Tage „Der Bettelstudent“. Operette in drei Akten von W. Müller, in vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen. Die Titelrolle singt Willi Strehl vom Ballner-Theater in Berlin als Gast. In den übrigen Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Gertrude Bree (Laura), Ida Kattner (Valentina) Lotte Koch (Bronislawa) und die Herren Willi Karl (Oberst Ollendorf), Hans Jankoff (Jon), Endfall (Mentch). Anfang 7 Uhr.

Die Herren Kurt und Johannes Striegler veranstalten zwei Sonaten-Abende am 15. Februar und 13. März im Künstlerhaus. Zur Aufführung gelangen Sonaten für Violine und Klavier von Bach, Brahms, Beethoven, Mozart und F. J. Haydn (A-dur, zum erstenmal) - Karten bei Bod.

Bekanntmachung des revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Dresden.

Waffenbeschlagnahme und Beschaffung i. Mägeln.
Dem Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden sowie dem Generalkommando XII. A. R. gingen schriftliche und mündliche Nachrichten zu, daß der Vorsitzende des Arbeiterrates in Pirna, Gewerkschaftsbeamter Kimmich, in seinem Grundstück in Mägeln eine große Anzahl Gewehre, Munition, Maschinengewehre und Kampfmittel untergebracht habe und zwar zum Zwecke der Bewaffnung der spartakistischen Arbeiterschaft. Erkundigungen bestätigten die Gerüchte. Noch am 13. Januar abends 10½ Uhr wurde erklärt, daß übermorgen die Waffenbeschlagnahme erfolgen solle. Auf Grund des Gesetzes, betreffend Abgabe von Waffen und Heeresgut des Rates der Volksbeauftragten vom 14. Dezember 1918, n. besser Verfolg das Arbeits- und Wirtschaftsministerium der Republik Sachsen die Ablieferung aller Waffen und Munition am 30. Dezember 1918 bis zum 10. Januar 1919 verfügte, wurden am 15. Januar früh 4 Uhr betu. Gewerkschaftsbeamten Kimmich in Mägeln folgende Waffen, Munition und Kampfmittel beschlagnahmt:

- 1 M-G 08,
- 1 M-G-Schützen
- 12 Schütz-Verkleidung,
- 5 Kisten Handgranaten (Inhalt 130 Stück),
- 5 Kisten Patronen (Inhalt 6050 Stück),
- 4 leere Patronen,
- 99 Gewehre 98 und 27 Karabiner 98.

Ausschließend hieran wurden weitere 50 Gewehre 08, die der Gewerkschaftsbeamte Kimmich im Gemeindefeld Mägeln niedergelegt hatte, mit Beschlag belegt. Aus der Art der Lagerung der Waffen ging hervor, daß Kimmich in seiner Behausung ein Waffendepot angelegt hatte, was seinem anderen Zweck dienen konnte, als der bereits erwähnten Bewaffnung der spartakistischen Arbeiterschaft. Da Kimmich die Abgabe der Waffen für den 15. Januar angefragt hatte, mußte noch in der Nacht vom 14. zum 15. Januar gehandelt werden. Unter Berücksichtigung der agitatorischen Tätigkeit Kimmichs gegen die jetzige Arbeiterregierung, einer Tätigkeit, die gerichtet war auf „Verhinderung der Nationalratswahlen mit Gewalt“ wurde Kimmich in Schutzhaft genommen. Die Hausdurchsuchung und Beschlagnahme der Waffen erfolgte unter Hinzuziehung eines Detachements Soldaten im Auftrage des Generalkommandos XII Dresden.

Die Legitimationskarte Nr. 83 des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Dresden, lautend auf den Namen des Karl Römer ist verlorengegangen. Sie wird hiermit für ungültig erklärt.

Wahlbewegung.

Die Deutschnationale Volkspartei (Ortsgruppe Dresden) hat folgenden Brief an die vereinigten revol. A.- und S.-Räte gefandt:

Dresden, 14. Januar 1919.

An den vereinigten revol. Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden.

Wie wir hören, haben in der Schützenkammer, hier, Vorträge sozialdemokratischer Führer in Versammlungen stattgefunden, zu denen alle nicht auf Kommando befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften durch den Soldatenrat der Truppe beauftragt worden sind. Die Kompanien sind sogar ausdrücklich dafür verantwortlich gemacht worden, daß alle pünktlich zur Stelle sind. Es ist wahrscheinlich, daß bei anderen Regimentern ebenso verfahren wird. Hiernach liegt ein Mißbrauch der Kommandogewalt im Dienste einer einzelnen Partei vor. Dies ist angesichts der Vorwürfe, die eben jetzt im Stadtverordnetenkollegium gegen den „Dresdner Anzeiger“, also eine in ihrer redaktionellen Haltung unabhängige Zeitung, von sozialdemokratischer Seite erhoben worden sind, um so verwerflicher.

Wir können nicht annehmen, daß dieses durchaus unzulässige Verfahren mit Ihrer Kenntnis geschieht und beehren uns deshalb, Ihnen hieron Kenntnis zu geben in der Annahme, daß Sie für die sofortige Abklärung dieses Mißbrauches befragt sein werden.

Für eine baldige geneigte Rückantwort würden wir dankbar sein.

In größter Hochachtung
Die Deutschnationale Volkspartei für Dresden.

gez. Dr. Baquer.

Die Deutschnationale Volkspartei richtet feruere folgende offene Anträge an den Volksbeauftragten Fleißner:

Am 14. Januar 1919, mittags 1 Uhr, hat auf Ihre Veranlassung im Künstlerhaus in Dresden eine Versammlung der Ihnen zurzeit dienstlich unterstellten Beamten des Kreisamtiariums stattgefunden, in der Sie einen Vortrag über Sozialismus gehalten haben. Dazu haben diese Beamten, die an sich durchlaufende Geschäftigkeit haben, von 11 Uhr ab Befreiung vom Dienst erhalten.

Ihre in der Versammlung getane Äußerung, der Vortrag habe mit den Wahlen nichts zu tun, ist derart, daß sie keiner Belegung bedarf, würde überdies auch die Befreiung von der Geschäftigkeit nicht rechtfertigen.

Wie gebeten Sie diese Vernachlässigung Ihrer dienstlichen Stellung zu politischer Zwecken zu begründen?

„Über die Ziele der Deutschen Volkspartei“ sprach gestern abend Hr. Staatsminister a. D. v. Scheller-Steinwary in einer stark besuchten Versammlung im neuen Konzerthaus in der Reitbahnstraße. Die Deutsche Volkspartei könne als frühere Nationalliberale Partei mit Stolz auf ihre Vergangenheit zurückblicken und aus dieser auch die Kraft für die Zukunft schöpfen. Sie wolle eine Mittelpartei sein und eine Partei der Individualität, die auch von dem Eintritte der Frau in die Politik Gutes erhoffe. Die Partei beruhe auf der wahren demokratischen Grundlage. Die Demokratie verleihe dem Volke nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, darunter in erster Linie die Pflicht zur Arbeit und zur Unterordnung unter die Gesetze. Von größter Wichtigkeit seien als Bildungselemente die Schule, das Heer, die Kirche und die Rechtssprechung. Für diese Faktoren stelle der Redner besonders Forderungen auf, um dann die Gestaltung der neuen Reichsverfassung zu besprechen. Jedenfalls müsse das Deutsche Reich seine föderative Grundlage beibehalten. Die eigentliche Kleinstaaterei sei jedoch unrationell. Der Redner trat weiter ein gegen die Sozialisierung aller Betriebe, für ein gutes Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, für den weiteren Ausbau des Arbeitsschubes und der Erwerbslosenfürsorge sowie für eine gesunde Mittelstandspolitik. Bei der künftigen Steuerpolitik müsse die restlose Erfassung der Kriegsgewinne und eine steigende Besteuerung der Vermögen und Einkommen durchgeführt werden. Notwendig sei auch eine Reform unseres auswärtigen Dienstes, eine Stärkung unseres Welthandels und die Rückgabe unserer Kolonien.

An die beifällig aufgenommenen Ausführungen knüpfte sich eine lebhaftige Aussprache.

„Über Handels- und Industriefragen“ sprach gestern abend in einer Versammlung der Deutschdemokratischen Partei Hr. Syndikus Lichte im Kaiser Wilhelm-Saal des Hauptbahnhofes. Der Redner trat besonders für eine Stärkung unserer Finanzen und für einen Wiederaufbau unserer Wirtschaft ein, damit das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland bekomme. Voraussichtlich werde die Deutsche demokratische Partei mit den Mehrheitssozialisten gemeinsam gehen müssen, um zu einer Volksregierung zu kommen. Jedenfalls müsse verhütet werden, daß die Sozialdemokratie für sich allein eine Mehrheit bilde. Der Redner besprach dann die Steuerprojekte der neuen Regierung, durch die keine Kapitalbeschäftigung herbeigeführt werden dürfte, weil hierdurch Handel und Industrie den größten Schaden haben würden. An zweiter Stelle sprach Hr. Generaldirektor Gutschow über das Problem der Vergesellschaftung wirtschaftlicher Betriebe. Er wies besonders darauf hin, daß in den reinen Staatsbetrieben wenig lautmächtig und wirtschaftlich gearbeitet werde. Auch müßten bei einer Verstaatlichung der Betriebe Garantien dafür geschaffen werden, daß die herrschenden Parteien ihre Macht nicht zur Verunstaltung der leitenden Persönlichkeiten und der Angestellten missbrauchen. Nur eine freie ungehinderte Entfaltung der Tätigkeit des einzelnen verbürge den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes.

Mannigfaltiges.

Dresden, 16. Januar.

† Zwei um das Schulwesen Sachsens verbiente Männer haben fast zu gleicher Zeit die Augen für immer geschlossen: Ganz unerwartet starb am Dienstag der Bezirkschulinspektor in Löbau Hr. Oberschulrat Dr. phil. P. L. Förster, und tags vorher war in Annaberg der seit kurzer Zeit im Ruhestande lebende Bezirkschulinspektor Hr. Oberschulrat E. W. Schreyer, 74 Jahre alt, gestorben.

* Für die militärische Sicherheitstruppe, die bei der Kommandantur gebildet worden ist und die auch die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Lebens und Eigentums der Bürgerschaft gewährleisten soll; hat der Rat in seiner letzten Sitzung einen städtischen Beitrag von 2 M. täglich für den Mann zunächst auf 30 Tage bewilligt. Hierzu wurden 150 000 M. aus der Kriegsrente bereitgestellt.

* Zur Hebung der Arbeitslosigkeit hat der Rat in seiner letzten Sitzung wieder namhafte Summen bewilligt: Für die Legung eines Wasserhauptrohres in der Glasstraße wurden 200 000 M. aus dem Erneuerungsfonds der Wasserwerke, für die Erweiterung und den Ausbau der Brunnenanlage des Tollenwiser Wasserwerkes auf Laubgasser Platz 335 000 M. und als Berechnungsgeld für Versuche zur Entmanganung und Enteisung des Tollenwiser Laubgasser Wasserwerkes 50 000 M. bewilligt. Außerdem bewilligte das Kollegium noch zur Anschaffung weiterer Gasmesser 450 000 M. aus dem Rücklagenfonds der Gaswerke und zur Anschaffung neuer Transformatoren 435 000 M. aus dem Rücklagenfonds der Elektrizitätswerke.

* Bei der städtischen Feuerwehr macht sich in Folge der Einführung des 24stündigen Wachdienstes abwechselnd mit 24stündiger Freizeit die Einstellung einer Anzahl neuer Mannschaften notwendig. Die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von 12 992 M. und 28 910 M. wurden in der letzten Ratssitzung bewilligt. Weiter bewilligte der Rat in derselben Sitzung zur Beschaffung von zwei weiteren Kraft-Frankentagen 38 000 M. aus Position 50 des Haushaltsplanes für 1919.

* Die Vertreter aller Handwerkervereinigungen zu Dresden hielten kürzlich im Saale der hiesigen Gewerkschammer auf Veranlassung des Landesauschusses des Sächsischen Handwerks eine Versammlung ab, die sich mit der Bildung eines Bezirkshandwerkerrates beschäftigte. Die Tätigkeit des Bezirkshandwerkerrates soll sich auf die Städt. Dresden und die Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt erstrecken. Der Innungsausschuß zu Dresden hat sich hiermit einverstanden erklärt. Weiter sollen die Handwerkervereinigungen des Bezirkes aufgerufen werden, in den revidierten und mittleren Städten, mindestens aber in jedem Amtsgerichtsbezirk innerhalb der Amtshauptmannschaft Innungsausschüsse oder Ortsausschüsse des Handwerks (Handwerkerräte) zu bilden, um die in der neuen Zeit notwendigen, vor allem wirtschaftlichen Aufgaben der gemeinsamen Rohstoff-, Arbeits- und Kreditbeschaffung durchzuführen und die stillgelegten Handwerkerbetriebe, vor allem der aus dem Felde zurückkehrenden Handwerkertrier wieder in Gang zu setzen. Diese Ausschüsse sollen auch für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Durchführung der Ernährung und der Mobilisierung zur Verfügung stehen und für die Wiedereinstellung der aus dem Felde heimkehrenden Wehrmänner wirken.

Der Bürgerrat für die Lohnfortschaffung erläßt im Angelegenheit unserer heutigen Ausgabe einen Aufruf zur Vorbereitung einer wehrfähigen Volkswehr ordnungsgemäßer Männer, über die wir bereits vor einigen Tagen an dieser Stelle berichtet haben.

* Am 1. Januar d. J. wurde ein grüngerichteter und gelb abgelegter Kutschwagen mit abnehmbarem Verdeck und Patentknie auf der Bahnenstraße von dem Plage vor dem Tatterwall gestohlen. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen.

* Eine Wäschdiebin hatte in ihrem Besitz eine schwarz-wollgemesserte Bluse, einen dunkelblauen Frauen-Arbeitsmittel, schwarzwollene und baumwollene Frauenstrümpfe und bunte Schürzen. Diese Sachen hat sie angeblich Ende 1918 in der Königbrüder Straße und Reich-Neuerstraße aus Böden gestohlen. Die Geschädigten wollen sich umgehend bei der Kriminalpolizei melden.

Bücher- und Zeitschriftenchau.

* In der bekannten Gütentagschen Geschiedsammlung ist erschienen: **Wahlgesetz zur Nationalversammlung und Wahlordnung**, Preis 1,20 M. Das kleine handliche Buch gibt in übersichtlicher Knackung das Wahlgesetz mit seiner Anlage, Aufstellung und geschichtlichen

Darstellung der Wahlkreise) und die dazu erlassene Wahlordnung mit Formulare, der Wählerliste, der Verhandlungsniederchrift, der Niederschrift über das Wahlergebnis und des Zählbogens nebst einem Verzeichnis der Einspruchsbehörden in den einzelnen Bundesstaaten. Ein ausführliches Sachregister leitet sicher durch die Lektüre der Einzelfragen. Es ist also alles beisammen, um sowohl dem Wähler als auch dem bei der Wahl amtierenden Beamten zuverlässig zu zeigen, was sie bei der Wahl beobachten müssen und wie der Wahlvorgang sich abzuspielen hat.

* Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde, herausgegeben von Hubert Ermisch. XXXIX. Bd. 3. u. 4. Heft. Dresden 1918. Ein großer Teil der Arbeiten des vorliegenden Halbbandes ist siedlungs- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragen gewidmet. Wir verzeichnen davon nur den Schluß der Untersuchung von Rob. Härtwig: „Das Waldgebiet des Cöln bei Oschatz“. Ein Beitrag zur Siedlungsgeschichte. Weiter gehören hierher eine ganze Reihe kürzerer Beiträge unter den kleineren Mitteilungen, die zum Teil an den im vorausgegangenen Halbband veröffentlichten Beitrag Prof. Dr. Reichel über „Lafell Thorun und der Name Tharand“ anknüpfen. Im Anschluß an diese Gruppe von Arbeiten sei auch der umfangreiche, fleißige Aufsatz von Prof. Dr. Franz Lehner erwähnt: „Das fürstliche Schloß zu Werbau 1561—1670 und das Werbauer Landgericht“. Auf das Gebiet der Geistesgeschichte führen uns eine Reihe anderer Arbeiten. Neue Beiträge „Zur Geschichte der Sachsen-Erneuerungsbewegung am Ende des 16. Jahrhunderts“. Für die Theater- und Musikgeschichte kommt Dr. Richard Engländer Aufsatz in Betracht: „Das Ende der opera seria in Dresden. Rembrandt „Clementa di Tito“ 1769“. Prinz Johann Georg, Herzog zu Sachsen, veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen seinem Vater, Prinz Georg von Sachsen und Julius Schnorr v. Carolsfeld“ aus den Jahren 1869 bis 1871, der sich um das Verhältnis der beiden Goldbeinischen Rabonnen von Darmstadt und Dresden dreht und dem auch ein Aufsatz des späteren Königs Georg zu dieser Rabonnenkreuzfrage, der jetzt zugunsten der Darmstädter entschieden ist, beigelegt ist. Zum Schluß sei endlich noch der insatireiche und allgemein interessierende Aufsatz von Prof. Dr. D. Georg Loefche erwähnt: „Von den böhmischen Exulanten in Sachsen. Zur Dreihundertjahr-Commemoration an den Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges“.

* Ludwig Ganghofer, „Das große Jagen“, Roman aus dem 18. Jahrhundert, Verlag der G. Grote'schen Verlagsbuchhandlung, Berlin. Ein groß angelegtes, gefastetes und ereignisreiches, fesselndes Kultur- und Sittenbild ruht Ludwig Ganghofer vor den Augen seiner Leser auf. Der Schauplatz der Begebenheiten ist wie in so vielen seiner Romanentwürfen Versteckboden. Man schreibt das Jahr 1733. Versteckboden ist ein reichsadelnützlich geistliches Fürstentum mit einem „Hof“ in formidabelster Duobesform, wo mit lächerlicher Ungläubigkeit französischer Stil und Brant nachgepflegt wird. Pfäffische Unabkämheit und unfähiges, geistloses Beamtenamt sind im Grunde wider die evangelischen Untertanen des fürstlichen Hofes. Da kommt denen, die um ihres Glaubens willen leiden, unerwartete Hilfe. Friedrich Wilhelm I. von Preußen schickt den Geheimrat Danfmann und den Obersten v. Berg, in dem, dank der Geistesfreiheit, mit dem Ganghofer biographische Einzelheiten verknüpft, umschwer der Kronprinz Friedrich zu erkennen ist, und teilt den Unterdrückten mit, daß er sie in sein Land aufnehmen will. Ein großes Jagen, vom Hofe veranstaltet, an dem die preussischen Herren teilnehmen, von Ganghofer mit anschaulicher Breite in allen Einzelheiten geschildert, gibt dem Buche den äußerlichen Rahmen, der natürlich nicht ohne tiefere symbolische Bezug auf die Leiden der Evangelischen bleibt. Eine Herzensgeschichte zwischen Leopold Rauviller, dem glaubensstarken Protestanten und Luise, der treuen Katholikin, zieht sich wie das beherrschende Leitmotiv durch den ganzen Roman, der außer diesen beiden Hauptpersonen im Vordergrund von einer Fülle prächtiger Gestalten belebt wird, so dem gütigen, weisen, menschlich fühlenden Pfarrer Ludwig, dem der Schall bisweilen hinter den Ohren klopft, dem prachtvollen Ehepaar des Jägers Schmed und seiner Schmedin, die abwechselnd immer ewigender zu Liebe ihren Glauben heimlich wechseln und es deshalb nie so einrichten können, daß sie beide gleichzeitig katholisch oder evangelisch sein können, dem Holzbildner Meister Kilian, der getreuen Wapp Euse, dem Christl Hagmann u. a. Wieder beweist Ganghofer im „Großen Jagen“ vor allem, daß er die seltene Gabe besitzt, wirklichen herzenswarmen Humor, der unter Tränen lächelt, über seine Gestalten und ihr Tun wie einen verklärenden, lieblichen Lichtschein aus Seelentiefen zu breiten. Mit lustiger Ironie zeichnet er die ganze verropfte und verstaubte höfische Gesellschaft, das Justizamt, das stets haarig an der Wahrheit und wahren Gerechtigkeit vorbeigerät, den Chortaplan Jesunder mit seiner verführerischen, theologischen Spitzfindigkeiten vollen Denkwiese, die „Freundin“ des fürstlichen Geisteslichen, Maroia de Neuenstein, die während der Festivität des großen Jagens so unvermutet und unmissverständlich vertrat, daß sie, dem Alter und platonischen Sinn des Freundes zum Trotz, der Natur echten Weibtums ihren Tribut zahlen muß. Dabei hat Ganghofer eine Eindringlichkeit und feine Anschaulichkeit der Darstellung, daß ihm seine Gestalten, trotz ihrer Fülle, nie zum verblättern Ehemien aus beschreibenden Worten werden. Es sind wahrhaftige Menschen aus Fleisch und Blut, von Seele und eigener Wesenheit, die er vor den Leser lebhaftig hinstellt, an deren Schicksalen er ihn kraft seiner reifen Künstlerkraft teilzunehmen zwingt. Und vor allem, es ist eine kerngesunde, vollkommene und vollstündige Kunst, die Ganghofer gibt; bei ihm ist nichts zu raten und unklar zu deuten. Eine ungekünstelte, schlichte, abgeklärte Menschlichkeit und ein unerbittbarer Glaube an seines deutschen Volkes unvergängliche Kräfte atmen aus seinem Buch. A. S.

* Oft wirft ein Blick in die Vergangenheit erhellendes Licht in eine trübe Gegenwart, in dem demütig hervortritt, was selbstbewußte Arbeit zu leisten vermögen. In diesem Sinne kann auch der historische Roman aus Neudruckendungs See- und Kolonialgeschichte

von Georg Lehfeld „Der Blay an der Sonne“ gewertet werden. (Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, geb. 7 M.) Hemmungen über Hemmungen stellten sich den Zielen des Großen Kurfürsten entgegen, auch seinem Volke den Anteil an dem Weltvertrich zu geben, auch ihm den Weg zur See zu öffnen. In diesen Plänen wurde ihm ein getreuer Helfersheifer der vertiebtend 5 Länder Benjamin Hauke. Dessen Persönlichkeit, ja, aber doch zäh und willensstark, zielbewußt, bildet den Mittelpunkt der Erzählung, um den sich die anderen mehr und minder gruppieren. Kampf und Niederlage erfüllen sein Leben, und ein dästeres, einsames Lebensende erinnert kaum noch an den „allgewaltigen“ Maximilian. Was seinen Erfolg hemmte: Intrigen; was seinen Willen lähmte: Interesslosigkeit des neuen Monarchen. Ob dies sein Schicksal ein mangelhaftes Stückwerk. Ohne jedwede politische Absicht läßt Lehfeld ein anschauliches Zeitbild entstehen, das dadurch noch gewinnt, daß er nicht nur in die höchsten Kreise seine Blicke lenkt, sondern daß ihr soziales Interesse leitete. Gerade das, was in den Geschichtswerken meist zu kurz kommt, wie sich Dinge und Ereignisse in der Seele des kleinen Mannes, des niederen Handwerkers spiegeln, findet bei ihm trefflichen Ausdruck. Ein altväterlicher Sauch liegt gleichsam als dominierender Akzent über der Dichtung, der seinen Eindruck auf den empfänglichen Leser nicht verfehlen wird. H. S.

Volkswirtschaftliches.

* Die **Dresdener Börse** war am Mittwoch recht fest gestimmt, zumal die wieder eröffnete Berliner Börse gut behauptete Kurse meldete. Auf den Aktienmärkten machte sich lebhaftige Nachfrage geltend, die aber trotz erheblicher Wertgehoben nur zum Teil und in mäßigen Beträgen befriedigt werden konnte. Kursbesserungen wiesen auf: **Jimmermann, Wille, Weiser, Föcher, Grohenhainer, Sauchhammer, Sedl, Hartmann, Böge, Sachsen-Werk, Seidel & Roumann-Aktien, Hamburger, Linger & Hoffmann, Baugner, Papierfabriken, Verein, Photo, Jürgens-Brauerei, Internat. Porzellan, Kauenstein, Dixie, Glasfabrik, Sächsische Glasfabrik (erblich höher), Gewerlicher, E. Leichter, Beltener Maschinenfabrik, v. Heyden, Solbrig, Antonnagen-Industrie und Dresdener Gasmaschinenfabrik. Der Anlagemarkt verkehrte in ruhiger Haltung.**

o **Höflicherbrauerei Schöffelhof und Frankfurter Bürgerbrauerei, Aktiengesellschaft.** Die gestern abendstaltene Generalversammlung, in der 1899 Aktien vertreten waren, genehmigte einstimmig die Vorschläge der Verwaltung, insbesondere die Verteilung eines sofort in Dresden bei dem Bankhaus Webr. Arnold zahlbaren Dividendenanteils von 6 % für die Vorzugs- und 4 % für die Stammaktien. Die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder Geh. Rat Georg Arnold-Dresden, Justizrat Friedrich Kessel und Justizrat Dr. Erdmann-Frankfurt a. M. wurden einstimmig wiedergewählt.

h **Die Bank für Thüringen vorm. Grupp in Meiningen** errichtet in Reusdorf a. d. S. eine Zweigniederlassung.

h **Preiserhöhung in der Ziegelindustrie.** Der Verband mitteldeutscher Ziegelwerke erhöhte die Preise für die Erzeugnisse um 50 %, um einen Ausgleich gegenüber den neuen Revolutionslöhnen zu finden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 16. Januar. Bestimmte aufsteigende Gerüchte wollen wissen, der in der Nacht verhaftete Dr. Karl Liebknecht sei bei einem Fluchtversuch im Tiergarten am Neuen See erschossen worden. Auch Rosa Luxemburg soll während ihres Transportes aus dem Eden-Hotel von der wütenden Menge aus dem Wagen gerissen und getötet worden sein. Eine amtliche Bestätigung liegt bisher nicht vor.

Bern, 15. Januar. Der bisherige deutsche Botschafter in Madrid, Prinz von Ratibor und Corvey, hat sich auf der Durchreise zum Vertreter des W. L. B. dahin ausgesprochen, daß er mit Bedauern, aber ohne Bitterkeit, von dem spanischen Volke und seinem Hofe geschieden sei. Aber die Gründe, die zu seiner Abberufung führten, lehnte er zu sprechen ab, wies aber darauf hin, daß er kurz vor seiner Abreise spanische Journalisten darauf aufmerksam gemacht habe, daß selbst neutrale Staaten sich die schwarzen Listen des Verbandes gegen ihre eigenen Landleute gefallen lassen müßten und kaum mit Erfolg dagegen hätten auftreten können. Wenn der Verband nur auch die Macht habe, das System der schwarzen Listen auch auf die Diplomatie anzuwenden, so sei er damit nicht einverstanden.

Wagen seines Reichturns an lichen Kalksalzen bildet nach ärztlichen Gutachten die tägliche Zuhilfenahme von 3 x 2 Esslöffeln

Hubertus-Brunnen
ein gutes Vorbeugungsmittel gegen Infektionskrankheiten.

H. Flinius Wwe.,
Mineralwasser-Großhandlung,
Dresden-A.,
Johannesstraße 23.
Tel. 13216 und 13232.
Prospekte durch die Calciumquellen u. Hubertusbad Thalau
O. m. b. H., Berlin W 9.
Lankstrasse 32.
Tel.-Amt Lötow 5194.



Auf dem die offene Handelsgesellschaft in Firma Bogtdänbische Nordfabrik Albin Böcher & Sohn in Reichenbach betriebsfähigen Blatt 1126 ist heute eingetragen worden: Die Firma Bogtdänbische Nordfabrik Albin Böcher & Sohn in Reichenbach lautet künftig: **Bogtdänbische Nordfabrik Paul Böcher in Reichenbach.** Der Geschäftsführer Heinrich Albin Böcher in Reichenbach ist ausgeschieden. Das Geschäft wird unter der neuen Firma vom Geschäftsführer Georg Paul Böcher in Reichenbach als Einzelkaufmann fortgeführt.

Reichenbach, am 13. Januar 1919. 521
Sächs. Amtsgericht.

Auf Blatt 551 des Handelsregisters ist heute die am 2. Januar 1919 errichtete offene Handelsgesellschaft in Firma **Ernst Joseph & Bader** in Niesitz und als deren Geschäftsführer der Kupferhändler **Karl Ernst Joseph** in Niesitz und der Klempner **Fritz Bader** in Niesitz eingetragen worden.

Angesehener Geschäftsmann: Kupferhändlererei und Klempnerei.
Niesitz, den 13. Januar 1919. 540
Das Amtsgericht.

Das im Grundbuche für Kreisgericht Niesitz Blatt 36 auf den Namen Hermann Oswald Alfred im Einde eingetragene Grundstück soll

am 27. März 1919, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 41,9 Nr. 10 groß und auf 22316 M. geschätzt, einschließlich 1906 M. für Inventar. Es besteht aus Gebäude (Wohnhaus mit Meßgerätheküche) Ortsteilnummer 10 sowie Hofraum, Garten und Feld.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befreiung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 18. November 1918 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungsstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Erlöses die Aufhebung oder die einseitige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerung derjenige an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

541
Amtsgericht Schandau, den 2. Januar 1919.

Verminnt wird seit 4. Januar 1919 vormittags der zuletzt in Gersdorf, Bez. Chemnitz, wohnhaft gewesene, am 18. Oktober 1841 in Ertzdorf bei Annaberg geborene Bergmann **Karl Gottlieb Scharf**.

Personenbeschreibung: etwa 1,68 m groß, übermittel, kräftig, dunkelblondes Haar, hohe Stirn, graue Augen, trägt graumeliertes, bis auf die Brust reichendes Vollbart, geordnetes Gesicht, lächelndes Gebiß, spricht sächsischen Dialekt und ist sehr schweigsam.

Befindet sich er mit dunklem Überzieher, Jackett, brauner Hose, weiß- und blaue gestreiftem Hemd, grauem Socken, schwarzen Lederschuhen und Restem Hut.

Mitteilungen an den 540
Gemeindevorstand zu Gersdorf, Bez. Chemnitz.

Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen Aktiengesellschaft in Liquidation.

Hierdurch machen wir bekannt, daß Herr Geh. Reg.-Rat Oberbürgermeister a. D. Dr. **Arndt**, **Blaschke**, und Herr Bürgermeister **Stark**, **Pirna**, letzterer infolge Ablebens, aus dem Aufsichtsrat unserer Bank ausgeschieden sind und Herr Oberbürgermeister **Kühner**, **Dampfen**, neu in den Aufsichtsrat gewählt worden ist.

Dresden, den 14. Januar 1919. 548

Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen Aktiengesellschaft in Liquidation.

Nachl. Haager. Regwein.

Männer heraus!

Eine Welle verbrecherischen Wahnsinns droht ganz Deutschland zu überfluten. Wenn wir weichen wollen, daß das deutsche Reich, das über Berlin dahingebrochen ist, unser schönes Land heimlich, müssen

wir alle

ohne Unterschied des Standes und Berufs, ohne Unterschied der Partei und der Regierung zur Verfügung stellen, damit sie zur Sicherstellung des Friedens und der Ordnung, außer den noch vorhandenen, nicht mehr zahlreichen Truppen,

eine Wehr aus ordnungsliebenden Männern

hat, vor deren achtunggebietender Macht jene Verbrecher sich scheuen, ihre dunkeln Absichten in die Tat umzusetzen.

Wir wollen kein Heer aufstellen, das nur Gasse der Regierung sein. Wir wollen aber alles vorbereiten, damit, wenn die Regierung ruft, sie sofort über eine zuverlässige Schaar ordnungsliebender Männer verfügt, deren Organisation wir ihr fertig übergeben können, die sie nur auszurufen braucht, um eine schlagfertige Macht gegen das Verbrechertum zur Hand zu haben.

Mitbürger, alle, die Ihr Waffen zu führen gelernt habt,

die Ihr über vier Jahre gegen alle möglichen Feinde Eure Frauen und Kinder, Mütter und Schwestern, Hof und Herd heilighaltend verteidigt habt, und Ihr, denen es der Beruf bisher nicht erlaubte, für sie selbst einzutreten,

Mitbürger, fördert alle herbei

und erklärt Eure Bereitschaft, das Vaterland und Eure Lieben auch jetzt schützen zu wollen, erklärt Euch bereit, des deutschen, des sächsischen Volkes Wehr und Schutz zu sein,

die Volkswehr

zu bilden, trenn dem Volke, dem wir alle angehören.

Bergeht den Streit, der Eure Seelen in dieser Zeit aufregt, hier seht ein deutscher Mann neben dem anderen, und alle reichen sich die Hände, eine lebende Kette um unser Vaterland zu bilden.

Männer heraus!

Meldet Euch sofort mündlich oder schriftlich bei unseren Anmeldestellen:

Rechtsanwalt Dr. Schubert, Köpfigenbröda,

Dr. jur. Cronau, Niederlöbnitz, Blumenstraße 12,

damit wir der Regierung mitteilen können:

„Diese deutschen Männer haben, wenn des Volkes Wohl es verlangt, erstanden und festen Sinnes zu Deiner Verfügung.“

Die Bürgerrechte und Volkswahlschritte in Stadt und Land fordern wir auf, mit uns zu arbeiten, und Ihre Arbeit darin zu sehen, daß sie dem ganzen Volke dienen.

Der Bürgerrat für die Völknerkämpfer.

J. K.: Dr. jur. Cronau.

Nach einer Anzeige ist das auf Emma Müller in Weitzmaße lautende Sparkassenbuch Nr. 42544 unserer Sparkasse abhandelt gekommen.

Der Inhaber des Buches wird aufgefordert, seine Ansprüche darauf bei deren Beurlaubung binnen 3 Monaten bei unserer Sparkasse anzumelden.

543
Stadttrat Dippoldiswalde, am 14. Januar 1919.

Sächsische Staatszeitung

Einzelne Nummern 10 Pf.

in Dresden-N. in der Geschäftshalle, Große Poststraße 16. bei K. E. Simon, Zigarren-Hdl., Poststraße 45. beim Bahnhofs-Buchhändler im Hauptbahnhof, Prager Straße 44 und Friedrichstraße 7. bei Buchhändler E. Schmidt, Neuenstraße 12a und Pirnaischer Platz (Verkehrshaus), an den Zeitungsvorkaufsstellen Schloßstraße 6, Klammert 3 und 15, Prager Straße 42 und 54, Neuenstraße, Große Poststraße (Wartshalle), in Dresden-N. bei dem Bahnhofs-Buchhändler, des Herrn Bahnhofs, an der Zeitungsvorkaufsstelle Kreuzbader Markt (Wartshalle), bei Max Marx, Martin Lutherplatz 1.

Invalidentauf

Verein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden Dresden, König Johannstraße 8.

Anzeigen-Nachnahme für alle Zeitungen (keinerlei Redaktionsgebühren). Versicherungen aller Arten. Spezialitäten-Verkauf.

Tele der Sächsischen Postverwaltung. Bei Brief-Anzeigen keine Gebühr; freigelegte Berücksichtigung.

Angesichts der dem Invalidentauf durch den Krieg erwachsenen gewaltigen Aufgaben ist es Ehrenpflicht für jeden Vaterlandsfreund, dem Invalidentauf durch Überweisung von Aufträgen zu Hilfe zu kommen.

Kohlensäuren Kalkmergel

täglich abzuführende Magensäfte liefert H. M. Trepte, Knudsdorf, Sa. Teich, Amt Nadeberg 829.

Tagesanzeiger

Freitag, 17. Januar. Landestheater. Opernhaus. Der Evangelmann. Anfang 6 Uhr.

Albert-Theater.

Liebe. Eine Tragödie in fünf Aufzügen von Anton Wildgans. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend: Musik. Ein Sittengemälde in vier Bildern von Franz Bedekind. Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenztheater.

Gastspiel Billy Strahl vom Ballner-Theater in Berlin: Der Bettelstudent. Operette in drei Akten von Friedrich Zell und Richard Genée. Musik von Carl Millöcker. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Centraltheater.

Wo die Perle singt. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend nachm. 7 1/2 Uhr: Der erste Liebesgoldbar Zeit. Abends 7 1/2 Uhr: Wo die Perle singt.

Viktoria-Theater.

Gastspiel Ojens Operetten-gesellschaft: Liebe im Schnee. Anfang 7 Uhr. Sonntags 8 und 7 Uhr.

Thymian Thalia-Theater.

Täglich Vorstellung. Anfang 7 Uhr. Sonntags drei Vorstellungen, 11, 3 und 7 Uhr.

U.-F.-Sichtspiele.

„Söhne des Volkes“, sozialistischer Monumental-Film in 8 Akten von Sophus Michaëlis und Die Olsen. In den Hauptrollen: Gunnar Tolnæs und Lily Jacobson.

Familiennachrichten.

Verlobt: Dr. Eisenbahnassistent Hermann Reichold in Rostow mit Fräulein Salska Boithe in Weitzburg; Dr. Hans Zimmer, Feldhülfsarzt in Döbeln mit Fräulein Ilse Friedemann in Blasewitz; Dr. med. Martin Dampfen mit Fräulein Mariechen Ehemann in Leipzig.

Verheiratet: Dr. Dr. jur. Hans Grohmann in Dresden mit Fräulein Toni Ulbricht in Pimbach i. S.; Dr. Fabrikbesitzer Rudolf Barthel mit Fräulein Elfrida Göring in Blasewitz.

Schorben: Dr. Bruno Hobermann, pers. Major a. D. in Dresden; Dr. Oberbahnhofsverwalter i. R. Paul Ed in Bülkau; Frau Louise verw. Wolf geb. Barthels (73 J.) in Dresden; Frau Amalie Auguste v. Jenker geb. Lindner (82 J.) in Blasewitz; Dr. Benedikt Oswald Lehmann in Dresden; Frau Anna Rammann geb. Schneider in Leipzig; Dr. Paul Strohseder (66 J.) in Dresden; Frau Marie Pauline verw. Gerlach geb. Langer (70 J.) in Dresden; Fräulein Ottilie Junge in Dresden-N.; Frau Maria verw. Reibiger geb. Gutter (78 J.) in Coschütz; Dr. Leutnant Martin Edgar Schütz in Dresden; Frau Auguste verw. Hoff in Dresden.

Die Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen, Aktiengesellschaft in Dresden, ist aufgelöst. Die Gläubiger werden unter Einwirkung auf die Auflösung der Gesellschaft aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden.

Dresden, den 14. Januar 1919.

Die Liquidatoren der Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen Aktiengesellschaft in Liquidation.

Nachl. Haager. Regwein. 547

Vollversammlung der Handelskammer zu Chemnitz im Sitzungssaale des Amtsgebäudes

Mittwoch, den 29. Januar, mittags 12 1/2 Uhr.

Tagesordnung. Öffentliche Sitzung: 1. Ergänzungs- und Zusätze. 2. Neubildung der Kommer, Wahl der Beisitzer. 3. Satzungsänderungen. 4. Befreiung der hiesigen Anstaltliche und Wohnungen. 5. Jahresrechnung auf 1918. 6. Haushaltsplan auf 1919.

Darauf Nichtöffentliche Sitzung. Chemnitz, den 15. Januar 1919. 552

Die Handelskammer.

Gulden, Vorsitzender. Dr. Gumbert, Syndikus.

Statt besonderer Anzeige.

Heute entließ ich nach kurzem schweren Leiden meine über alles geliebte Frau, die beste Mutter meiner beiden Kinder,

Frau Elisabeth Leichmann geb. Müller.

Dresden-N., Lütznerstraße 116, I., den 14. Januar 1919.

Regierungsamtmann **Erich Leichmann** zugleich im Namen aller Hinterbliebenen in Dresden und **Ernst L. S.**

Die Einäscherungsfeier findet am Sonnabend, den 18. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr in der Feuerbestattungshalle in Dresden-Lößnitz statt. 553

Ganz unerwartet nahm uns der Tod unsern guten Vatten, Vater und Großvater, den

Bezirksschulinspektor, Oberschulrat **Dr. phil. Paul Traugott Förster,** Ritter pp.

2800, Freiberg, in tiefem Schmerz **Marie Förster** geb. Zimmermann nebst Kindern u. Enkelkindern. 554

Heute vormittag entschlief nach langem Leiden mein lieber Vatte, unser treuer Vater, Schwieger- und Großvater

Bezirksschulinspektor a. D., Oberschulrat **Ernst Wilhelm Schreyer,** Ritter hoher Orden.

im 74. Lebensjahre

In tiefer Trauer zeigen dies an **Marie verw. Schreyer geb. Kreisler** Realgymnasialoberlehrer **Wilhelm Schreyer** **Friedel Schreyer geb. Sittig** **Johannes Schreyer.**

Kunnersdorf und Leipzig, den 13. Januar 1919. 555

Die Studierende Fräulein Hildegard Hoepner, geboren in Jütten, hat ihre für das Studienjahr 1918/19 gültige Legitimationskarte verloren. Diese Urkunde wird hiermit für ungültig erklärt. — Dresden, am 11. Januar 1919. 550

Der Rektor der Technischen Hochschule

Der Studierende Herr Wilhelm Langenstien, geboren in Leipzig, hat seine für das Studienjahr 1918/19 gültige Legitimationskarte verloren. Diese Urkunde wird hiermit für ungültig erklärt. — Dresden, am 15. Januar 1919. 551

Der Rektor der Technischen Hochschule

Als Rothhandarbeiten sollen die Erdarbeiten für den Bahnhofsneubau Baugen, umfassend das Gewinnen und Bewenden von 180 000 cbm Massen einschl. der zugehörigen Nebenarbeiten in einem Lote vergeben werden. Preislisten können, soweit der Bortat reicht, gegen Hinterlegung von je 1 M., die zugehörigen Bedingungen Nr. 560 und 561 zum Preise von je 10 Pf. vom Eisenbahn-Bauamt Baugen bezogen werden. Eröffnung der Angebote am 10. Februar 1919 11 Uhr vorm. beim unterzeichneten Amt, wo auch sonstige Auskünfte erteilt werden. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 528

Eisenbahn-Bauamt Baugen.

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 14. Januar 1919

- a) auf dem die Firma G. F. Nagel & Sohn in Auerbach betretenden Blatt 394: Der Kaufmann Gotthard Georg Nagel ist in die Gesellschaft eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen;
b) auf dem die Firma Gebr. Baharbad in Auerbach betretenden Blatt 280: Der Kaufmann Gustav Döring in Auerbach ist in die Gesellschaft eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen;
c) auf dem die Firma Sächsische Zigarettenfabrik zu Rodewisch F. E. Wolff & Söhne in Rodewisch betretenden Blatt 226: Einzelprokura ist erteilt worden dem Kaufmann Johannes Käte in Rodewisch. 529

Amtsgesetz Auerbach (Bozgl.), am 14. Januar 1919.

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 11. Januar 1919:

- 1. auf Blatt 7386: Die offene Handelsgesellschaft in Firma Erbe Erzebergische Oefenbr.- u. Bogenziegelfabrik Höfer & Stoll in Leutersdorf. Gesellschaft sind der Fabrikant Ernst Gustav Höfer in Bernsdorf bei Schwarzenberg und der Kleinrentmeister Arno Max Stoll in Leutersdorf. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen. Gesamtprokura ist erteilt dem Kaufmann Oskar Paul Stoll in Bernsdorf bei Schwarzenberg und dem Buchhalter Paul Max Fieder in Leutersdorf. Die Gesellschaft wird rechtskräftig vertreten durch beide Gesellschafter gemeinsam oder durch einen Gesellschafter und einen Prokuristen gemeinsam oder durch zwei Prokuristen gemeinsam;
2. auf Blatt 7387: Die Firma Marie Böhm in Chemnitz und Anna Marie verehel. Böhm geb. Löw in Chemnitz als Inhaberin. (Angegabener Geschäftszweig: Handel mit Obst und Grünwaren);
3. auf Blatt 7388: Die Firma Emil Weiner in Chemnitz und der Kaufmann Ernst Emil Weiner daselbst als Inhaber. (Angegabener Geschäftszweig: Großhandel mit Seiden, Brogen, Sachamerica und ähnlichen Produkten.);
4. auf Blatt 7389: Die Firma Ernst Schmidt in Chemnitz und der Kaufmann Ernst Carl Friedrich Schmidt daselbst als Inhaber. (Angegabener Geschäftszweig: Kleinhandel mit Eisen, Stahl- und Kurzwaren.);
5. auf Blatt 4212, betr. die Firma Carl Robert Albricht in Chemnitz: Die bisherige Inhaberin Marie Clara Hedwig Wilhelmine Scheut geb. Beerbaum in Chemnitz ist ausgeschieden. Der Kaufmann Karl Konrad Otto Scheut in Chemnitz ist Inhaber. Prokura ist erteilt der Frau Marie Clara Hedwig Wilhelmine Scheut geb. Beerbaum in Chemnitz;
6. auf Blatt 1267, betr. die Firma Emil Krüger in Chemnitz: Elise Rosa verehel. Tronmer geb. Krüger in Chemnitz ist als Inhaberin ausgeschieden. Der Kaufmann Gustav Bruno Friedrich Weiser in Chemnitz ist Inhaber. Die Prokura des Letzgenannten hat sich damit erledigt;
7. auf Blatt 1399, betr. die offene Handl.-Gesellschaft in Firma Conrad Metzger in Chemnitz: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Oswald Paul Metzger in Chemnitz ist ausgeschieden. Der Kaufmann Johann Conrad Metzger daselbst führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleinhaber fort;
8. auf Blatt 7007, betr. die Firma Johann Breidau in Chemnitz: Die Prokura des Kaufmanns Edgar Conrad Rudolph Seife in Chemnitz ist erloschen;
9. auf Blatt 6477, betr. die Firma Paul Göbe in Chemnitz: Der Tapeziermeister Paul Wilhelm Göbe in Chemnitz ist als Inhaber ausgeschieden. Gesellschafter sind der Tapeziermeister Philipp Martin Franke in Chemnitz und der Tischler Reinhold Ehrenreich Fockheim daselbst. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen. Die Firma lautet künftig: Franke u. Fockheim, früher Paul Göbe;
10. auf Blatt 1102, betr. die Firma Kleinbempel & Wulsh in Chemnitz: Der Kaufmann Ernst Alwin Kleinbempel in Chemnitz ist als Inhaber ausgeschieden. Gesellschafter sind die Kaufleute Heinrich Alwin Wulsh Kleinbempel und Max Georg Wulshel, beide in Chemnitz. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen. Die Prokura des Letzgenannten hat sich erledigt;
11. auf Blatt 2718, betr. die Firma Kunze & Schneider in Chemnitz: Die Firma ist erloschen;
12. auf Blatt 6118, betr. die Aktiengesellschaft in Firma S. Th. Böhm Aktiengesellschaft in Chemnitz: Die Generalversammlung der Aktionäre vom 23. November 1918 hat die Erhöhung des Aktienkapitals um dreihunderttausend Mark — in dreihundert Inhaberkonten zu je einhundert Mark zerfallend — mittels auf eine Million achttausend Mark beschlossenen. Die beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals ist erfolgt. Durch Beschluß derselben Generalversammlung sind die §§ 4 und 23 des Gesellschaftsvertrags — laut Notariatsprotokolls vom 23. November 1918 — abgeändert worden;
13. auf Blatt 999, betr. die Aktiengesellschaft in Firma Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden — Drei Niederlassung — in Chemnitz: Die Prokura des Bankbeamten Ernst Jzmer in Leipzig ist erloschen;
14. auf Blatt 579, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Louis Bernheim in Chemnitz: Die Kaufleute Wilhelm Ludwig August Bernheim und Johann Wilhelm Roth-Bernheim, beide in Chemnitz, sind als Inhaber ausgeschieden. Gesellschafter sind der Kaufmann Fritz Ludwig Johannes Roth-Bernheim in Chemnitz und der Tischlermeister Ernst Wilhelm Schubert daselbst. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen;
15. auf Blatt 4442, betr. die Firma Westhaus Siegmund Simon in Chemnitz: Die Firma lautet künftig: S. & W. Redlich;
16. auf Blatt 1511, betr. die Firma Chemnitzer Turm- u. Gewerke-Verkehrs-Gesellschaft von Julius Dietrich & Hannal in Chemnitz: In das Handelsgeschäft ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten der Ingenieur Julius Paul Dietrich in Chemnitz. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen. Die Prokura des Letzgenannten hat sich damit erledigt;
17. auf Blatt 6881, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Wolf Hamburg Söhne — Zweigniederlassung — in Chemnitz: Prokura ist erteilt dem Handlungsgehilfen Albert Albin Müller in Chemnitz. 530

Das Amtsgericht Chemnitz, Ndt. E.

Im Handelsregister des hiesigen Amtsgerichts sind folgende Einträge bewirkt worden am 13. Januar 1919:

- 1. auf Blatt 494 die Firma Sächsische Industrie u. Handelsgesellschaft Hilbig & Co. in Eibau. Gesellschafter sind a) der Kaufmann und Tonwarenfabrikbesitzer Oskar Johannes Bruno Hilbig in Oberbernbach und b) der Kaufmann und Tonwarenfabrikbesitzer Bruno Adolf Lothar Hilbig in Eibau. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1919 errichtet worden;
2. auf Blatt 317 bei der Firma Arenz-Drogerie Kurt Kölsberg in Ebersbach: das Friedrich Kurt Kölsberg ausgleich eben und Flora Clara verwo. Kölsberg geb. Wiedel in Ebersbach Inhaberin ist;
3. auf Blatt 442 das Erdscheit der Firma Hermann Paul in Eibau;
4. am 21. Dezember 1918 auf Blatt 458 das Erdscheit der Firma Hermann Hofseld in Reuzersdorf Ebersbach, am 14. Januar 1919. 531

Auf Blatt 523 des Handelsregisters ist eingetragen worden, daß die Firma Steinert & Widmann in Grünbach künftig Angelini-Werte Kurt Angelini lautet. Gleichzeitig ist auf Blatt 519 des Handelsregisters eingetragen worden, daß die dem Inhaber der oben genannten Firma, dem Kaufmann Curt Angelini ebenfalls zugehörige Firma Franz Müller Großhandlungs-Gesellschaft in Grünbach erloschen ist, da der Letzlie dieser Firma mit dem ersten Firma vereinigt worden ist. Falkenstein, den 14. Januar 1919. 532

Auf Blatt 1133 des Handelsregisters ist heute die Firma Karl Raden in Freiberg und als deren Inhaber der Möbelhändler Karl Emil Raden in Freiberg eingetragen worden. Angegabener Geschäftszweig: An- und Verkauf und Herstellung von Möbeln. 533

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 17345 die Firma M. Pfefferkorn u. Sohn in Leipzig (Turnerstr. 7). Gesellschafter sind Minna Clara verehel. Pfefferkorn geb. Weber und der Kaufmann Johannes Franz Pfefferkorn, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1919 errichtet. Prokura ist dem Kaufmann Franz Eduard Pfefferkorn in Leipzig erteilt. (Angegabener Geschäftszweig: Großhandel mit Schuhen und Schuhmacherebenarbeiten.);
2. auf Blatt 17346 die Firma Edmund Wandrich in Leipzig (Richard Wagnerstr. 20). Der Kaufmann Edmund Wandrich in Leipzig ist Inhaber. (Angegabener Geschäftszweig: Handel mit S. bensmitteln.);
3. auf Blatt 17347 die Firma Georg Varren in Leipzig (Eutrichstr. 7). Der Kaufmann Jean Christian Georg Varren in Leipzig ist Inhaber. (Angegabener Geschäftszweig: Betrieb einer Spielwarenfabrik.);
4. auf Blatt 17348 die Firma Carl Haring in Leipzig (Tröndlinring 3). Der Kaufmann Otto Carl Haring in Leipzig ist Inhaber. (Angegabener Geschäftszweig: Handel mit Textilstoffen, Glühlampen, technischen Ölen und Fetten, sowie Teer-Extrakt.);
5. auf Blatt 6377, betr. die Firma Carl Wolff in Leipzig: Prokura ist dem Kaufmann Ernst Carl Wolff in Leipzig erteilt;
6. auf Blatt 9361, betr. die Firma Hermann Ruge in Leipzig: Hermann Gottfried Friedrich Johann Ruge ist — infolge Ablebens — als Inhaber ausgeschieden. Emilie Pauline verwo. Ruge geb. Schulze in Leipzig ist Inhaberin;
7. auf Blatt 9641, betr. die Firma Heuch & Jabi in Leipzig: Prokura ist dem Kaufmann Carl Max Traubitz und Paul Georg Heuch, beide in Leipzig, erteilt. Jeder von ihnen darf die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;
8. auf Blatt 13708, betr. die Firma Dr. Iwan Paripapanoff in Leipzig: In das Handelsgeschäft ist der Kaufmann Johann Carl Emald Brandbacher in Danzig-Rangfur eingetragen. Die Gesellschaft ist am 1. Dezember 1918 errichtet worden. Die Prokura des Karl Otto Rife ist erloschen;
9. auf Blatt 15575, betr. die Firma Gebrüder W. & M. Josteloh in Leipzig, Zweigniederlassung: Die Vertretungsmacht des Zwangsverwalters Justizr. Dr. Leon Kallir ist nach Aufhebung der Zwangsverwaltung beendet;
10. auf Blatt 16096, betr. die Firma Friedrich Redder in Leipzig: In das Handelsgeschäft ist der Kaufmann Johannes Wilhelm Redder in Leipzig eingetragen. Die Gesellschaft ist am 1. Dezember 1918 errichtet worden;
11. auf Blatt 16896, betr. die Firma Franz Trommer sen. in Leipzig: Lina Elsa ledige Trommer ist als Inhaberin ausgeschieden. Der Kaufmann Bruno Franz Trommer in Leipzig ist Inhaber. Er haftet nicht für die im Betriebe der Gesellschaft entstandenen Verbindlichkeiten der bisherigen Inhaberin; es gehen auch nicht die in dem Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über;
12. auf Blatt 16708, betr. die Firma Karl Vauß in Leipzig: Die Firma ist erloschen. 529

Amtsgericht, Ndt. II B.

Das im Grundbuche für Korbis Blatt 49 auf die Firma Tonwarenfabrik und Zigarettenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Reichenbach eingetragene Grundbuch soll am 20. März 1919, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Das Grundbuch liegt in Korbis an der Klauenstraße. Es besteht aus Ringengebäude, Zigarettenfabrikationsgebäude, Maschinen- und Kesselhaus, Sumpfbau, Klinkerfabrikationsgebäude (Nr. 32 der Ortsteile), Hof, Lehngrube, Ochsgraben und Feld, ist nach dem Flurbuche 5 Hektar 78,4 Ar groß — Steuerarbeiten: 1967,63 — und mit den darauf befindlichen, auf 73 500 M. bewerteten Grundbesitz, maschinellen Einrichtungen und angelegten Zubehörsgegenständen auf 229 300 M. geschätzt. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 19. Juni 1918 veräußerten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeordnet werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt. 537

Das Amtsgericht.

Auf Blatt 17352 des Handelsregisters ist heute die Firma Bau- u. Industrie-Verkehr, Gesellschaft, mit beschränkter Haftung in Leipzig (Markgrafenstr. 5) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Dezember 1918 abgeschlossen und am 21. Dezember 1918 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Holzhandlung „Jura“, Vermittlung, Erwerb, Beschaffung, Verwertung und Vertrieb von Gegenständen des Bedarfs für Baugewerbe, Industrie und Handwerk sowie Vermittlung von Grundstücken und Hypotheken, Vertretungen, Patenten und Gebrauchsmarkten sowie Übernahme und Ausführung von Bauten und sämtliche zur Erreichung des Gesellschaftszweckes erforderlichen Geschäfte. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu begründen und sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Ist mehr als ein Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Baumeister Hugo Thier in Leipzig.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Leipzig, am 15. Januar 1919. 535

Amtsgericht, Ndt. II B.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 17349 die Firma Josef Haber in Leipzig (Klosterstraße 28/32). Der Kaufmann Viktor Josef Haber in Leipzig ist Inhaber. (Angegabener Geschäftszweig: Handel mit Rauchwaren und Vertrieb eines Rauchwarenkommissionärgeschäfts);
2. auf Blatt 17350 die Firma Johannes Baria in Leipzig (Vindenas, Rüger Straße 186). Der Kaufmann Johannes Wilhelm Baria in Leipzig ist Inhaber. (An gegabener Geschäftszweig: Herstellung gesundheitstechnischer Kälteanlagen für die gesamte Industrie);
3. auf Blatt 17351 die Firma Joh. Paul Mundt in Leipzig (Tröndlinring 9). Der Kaufmann Johannes Paul Mundt in Leipzig ist Inhaber. (Angegabener Geschäftszweig: Handelsvertretungen in chemisch technischen Erzeugnissen);
4. auf Blatt 6728, betr. die Firma Friedrich Wilhelm Haben in Leipzig: Der Inhaber Friedrich August Anton Johann Haben hat seinen Wohnsitz nach Döhlitz-Weißbach verlegt. Prokura ist erteilt dem Ingenieur Eduard Schulz in Leipzig;
5. auf Blatt 6943, betr. die Firma Schulze & Stofinger in Leipzig: Die Firma lautet künftig: Josef Stofinger;
6. auf Blatt 12916, betr. die Firma Sächsisch & Co. in Leipzig: Richard Franz Reinhardt ist als Gesellschafter ausgeschieden;
7. auf Blatt 14884, betr. die Firma W. Müller in Leipzig: Die Firma lautet künftig: Apotheker Max Bergmann (vorm. W. Müller);
8. auf Blatt 15415, betr. die Firma Meyer & Diebe in Leipzig: Georg Hermann Meyer ist als Gesellschafter ausgeschieden. Die Firma lautet künftig: Otto Diebe;
9. auf Blatt 16971, betr. die Firma Oscar Strigmann in Leipzig: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Otto Friedrich Franz Krüger in Leipzig. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;
10. auf Blatt 14804, betr. die Firma August Ruhn in Leipzig: Die Firma ist erloschen. 534

Amtsgericht, Ndt. II B.

Auf dem die Aktiengesellschaft in Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt Filiale Lobau in Lobau betreffenden Blatte Nr. 393 des Handelsregisters für den Stadtbezirk Lobau ist eingetragen worden: Dem Kaufmann Max Koepchen in Reuzersdorf ist Gesamtprokura erteilt; er ist berechtigt, die Firma in Gemeinschaft mit einem Rothhandlungsmitgliede oder einem Prokuristen der Zweigniederlassung zu zeichnen. Lobau, den 13. Januar 1919. 536

Das Amtsgericht.

Folgende im Grundbuche für Eilen auf den Namen Karl Gottlob Krösig eingetragenen Grundstücke sollen am 14. März 1919, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

1. Blatt 41, nach dem Flurbuche 18,7 Ar groß — Steuerarbeiten: 2,41 —, auf 3640 M. geschätzt, 2. Blatt 223, nach dem Flurbuche 23,3 Ar groß — Steuerarbeiten: 6,11 —, auf 2300 M. geschätzt. Die beiden Grundstücke — Wiese — liegen in Reihen rechts an der Bahndorfer Straße. Das Grundbuch unter 1 eignet sich zur Bebauung. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 6. November 1918 veräußerten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeordnet werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt. Weitz, den 11. Januar 1919. 538

Das Amtsgericht.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf dem Blatte 1174 der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt Filiale Reichenbach in Reichenbach i. S.: Dem Kaufmann Wilhelm Lohse in Reichenbach i. S. ist Gesamtprokura erteilt. Er ist berechtigt, die Gesellschaft mit einem Mitgliede des Vorstandes oder mit einem Prokuristen der Zweigniederlassung zu zeichnen; 2. auf dem Blatte 52 der Firma Moritz Jördis in Wolau: Dem Kaufmann Walter Höyer in Wolau ist Prokura erteilt; 3. auf dem Blatte 651 der Firma Müller & Naumann in Reichenbach: Die dem Kaufmann Richard Emil Schwarz in Reichenbach erteilte Prokura ist erloschen; 4. auf dem Blatte 80 der Firma F. W. Scheinzig in Reichenbach: Der unter Nr. 30 genannte Fabrikant Carl Hermann Scheinzig in Reichenbach ist ausgeschieden. Der Kaufmann Kurt Bruno Scheinzig in Reichenbach ist Inhaber der Firma, und 5. auf dem Blatte 275 der Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden in Reichenbach: Die dem unter Nr. 46a eingetragenen Ernst Jzmer in Leipzig erteilte Prokura ist erloschen. Reichenbach i. S., den 13. Januar 1919. 539

Das Amtsgericht.

Auf dem die Firma Otto Thiene in Wurzen betreffenden Blatte 79 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß Thella verwo. Thiene geb. Dittger in Wurzen als Inhaberin ausgeschieden und der Kaufmann Oskar Thiene hier selbst Inhaber ist. Wurzen, den 14. Januar 1919. 542

Das Amtsgericht.

(M.) nahme gefehrt... ein, als wieder mit dem sich die truppen schloß... verüben die sich entwaffn... 10. Arm... Truppen... ordnung... seine de... über... bekannt... in Teut... R. 18... Proffern... Die 45... port b... einget... Abt... * I... hand... perum... kreuz... sächs... gefan... jehen u... zu helle... englisch... Offizier... Sie stel... itarven... gebeten... * a... ausga... inha... rechen... terer... Erklärt... des Wa... fäden i... und G... in der... 1 Uhr... inhaber... sind, h... und G... später... auf da... wir bo... schienen... der G... erueat... lehung... Nation... Kinder... von G... Kinder... abging... verjeid... es im... geschäft... Lebens... nicht z... mittel... mehan... Umzug... lide... recht fo... betr... Dresden... hinficht... Bähler... = Ober... Anzeig... zu b... 15. M... die au... naur, für... Holz... Weis... Neu. 10... Bered... hiesigen... den Be... perione... 1918... 1918... 7000... und ge... fiberg... Avira

Von der Armee.

(M.) Die 46. Landwehr-Division ist mit Ausnahme des Divisionsstabes in die Heimat zurückgeführt. Im September 1915 zog die 46. Landwehr-Infanterie-Brigade als erste deutsche Truppe in Belina ein, als letzte deutsche Truppe verließ sie diesen Ort wieder am 4. Januar d. J. 2 Uhr vormittags zusammen mit dem Divisionsstab und den Räumungstruppen.

Von der 212. Infanterie-Division sind 40 Bände in Deutschland eingetroffen. Das Infanterieregiment Nr. 182 ist in der Gegend zwischen Brest-Litowsk und Proskan (Ostpreußen) zum Bahnauf eingesezt worden. Die 46. Landwehr-Division hat mit dem Abtransport begonnen. Einige Bände sind bereits in Proskan eingetroffen. Die 47. Landwehr-Division hat mit dem Abtransport noch nicht beginnen können.

Mannigfaltiges.

Dresden, 16. Januar.

Von der in Berlin weilenden Mission der Verbündeten ist mit Genehmigung des Sächsischen Ministeriums für Militärwesen eine Kommission des Roten Kreuzes nach Dresden entsandt worden, um die in den sächsischen Kriegsgefangenenlagern befindlichen Kriegsgefangenen mit Liebesgaben ihres Staates zu versehen und bei dem Abtransport der Kriegsgefangenen zu helfen. Die Kommission besteht aus einem dänischen, englischen, französischen und italienischen Offizier. Die Offiziere sind mit entsprechenden Ausweisen versehen. Sie stehen unter dem Schutze des Ministeriums für Militärwesen und des Roten Kreuzes. Es wird dringend gebeten, jede Verhinderung dieser Offiziere zu vermeiden. Der Volksbeauftragte Fleißner.

Die im Monat Dezember v. J. teilweise veräußerten Deden und Strohhäfen an Wohnungsinhaber, die mit militärischer Einquartierung zu rechnen hatten, werden, nachdem auf das Eintreffen weiterer Militärpersonen nicht mehr zu rechnen ist, gegen Erstattung der Leihgebühren und nach Befinden Erstattung des Wertes von in Verlust geratenen Deden oder Strohhäfen im Laufe dieser oder nächster Woche im Militär- und Quartieramt, Küstlichaustraße 16 I, Zimmer 6, in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 1 Uhr entgegen genommen, worauf alle Wohnungsinhaber, die noch im Besitze solcher Deden und Strohhäfen sind, hingewiesen werden. Nicht zurückgegebene Deden und Strohhäfen werden auf Kosten des Wohnungsinhabers später abgeholt werden.

Der Haushaltsplan für die Stadt Dresden auf das Jahr 1919, dessen hauptsächlichste Zahlangaben wir vor kurzem mitgeteilt haben, ist soden im Druck erschienen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Ausgabe der Lebensmittelkarten erjudet das Lebensmittelamt erneut, zur Vermeidung von unliebsamen Auseinandersetzungen, die von den Beträugenden Personen festgesetzten Kartenausgabebereiten und -sprechstunden einzuhalten, Kinder in noch unverständigem Alter mit dem Abholen von Lebensmittelkarten nicht zu beauftragen sowie keine Kinder oder Hunde zur Kartenausgabestelle nicht mitzubringen. Das vorchriftsmäßig ausgefüllte Personenverzeichnis ist mitzubringen und abzugeben. Ebenso ist es im Interesse einer glatten Abwicklung des Ausgabe-geschäfts dringend geboten, An- und Abmeldungen zur Lebensmittelversorgung an den Hauptausgabestellen möglichst zu vermeiden. Um keine Störungen in der Lebensmittelversorgung eintreten zu lassen, müssen An- und Abmeldungen spätestens innerhalb drei Tagen nach erfolgtem Umzuge vorgenommen werden.

Auf der Tagesordnung für die außerordentliche Stadtverordnetenversammlung am nächsten Freitag steht folgender Beratungsgegenstand: Vorlage des Rates, betr. die Änderung des § 8 des Ortsgesetzes der Stadt Dresden über die Wahlen von Stadtverordneten hinsichtlich der Frist für den Beginn der Auslegung der Wählerlisten.

Von den Ständen des Markgrafentums Oberlausitz sind nach der Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil verschiedene Stiftungsgegenstände neu zu vergeben. Die Bewerbungen darum sind bis 15. März an die Landständische Kanzlei in Bautzen, die auch nähere Auskunft erteilt, einzureichen.

In der Trinitatiskirche findet Freitag, 17. Januar, abends 8 Uhr, eine Gemeindeversammlung für Männer und Frauen über die kirchliche Frage und die Wahl zur Rationalbeamtung statt, bei der alle vier Geistlichen sprechen werden.

Bier-Schreibmaschinen, Sukem Continental Nr. 101 270, 106 574, 112 731, und Sukem Ideal Nr. 96 290, hergestellt, sind im November vergangenen Jahres auf einem hiesigen Messestand gezeigelt worden. Mängelungen über den Betrieb der Schreibmaschinen, die zumal von Militärpersonen benutzt worden sind, erbittet die Kriminalpolizei.

Am 14. d. M. sind in der Gegend von Proskan 19 sächsische Burschen gefangen worden. Sie sind in 19 sächsischen Burschen gefangen worden. Sie sind in 19 sächsischen Burschen gefangen worden.

Durch Einbruch in ein Eisenwerk an Ferdinandsplatz sind in der Nacht zum 14. Januar d. J. für etwa 7000 R. dunkelbraune, schwarze, schwarz-weiß gemischte und grauweiße Hosen, sowie einzelne weiße und silbergraue Hosenstücke, sowie ein Paar Hosen und eine Weste gestohlen worden. Für sächsische Mitteilungen, die

an die Kriminalpolizei zu richten sind, hat der Versteher eine hohe Belohnung in Aussicht gestellt.

Aus Sachsen.

Stimmzettel und Stimmabgabe.

Zu einer richtigen Stimmabgabe ist, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, vor allem erforderlich, daß der Wähler einen gültigen Stimmzettel abgibt. Jeder Wähler muß also mit den für den Stimmzettel geltenden Vorschriften genau vertraut sein. Der Stimmzettel sieht anders aus als bei den bisher in Deutschland üblichen politischen Wahlen. Nicht ein Name, sondern eine Namenliste steht auf dem Stimmzettel. Diese Liste entspricht inhaltlich genau dem von der betreffenden Partei eingereichten Wahlvorschlag. Zweierlei hat der Wähler zu beachten: 1. Er nehme keinerlei Veränderung an dem Stimmzettel vor. (Wegstreichen oder Hinzufügen von Namen machen zwar den Stimmzettel nicht ungültig, aber es besteht die Gefahr, daß jemand, mit oder ohne Willen, einen Namen aus einer gegnerischen Liste hinzufügt, was Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge hat.) 2. Der Wähler überzeuge sich, daß sämtliche Namen seines Stimmzettels mit denen des Wahlvorschlags seiner Partei übereinstimmen. Ist der Wähler nicht in der Lage, die Namen sämtlich genau nachzuprüfen, so kann er sich gegen Irreführung dadurch schützen, daß er alle Namen außer dem an erster Stelle stehenden durchstreicht. Dieser erste Name, der dem Wähler natürlich bekannt ist, dient zur Bezeichnung des Wahlvorschlags und genügt zur Kennzeichnung der Partei. Das Einschneiden und Öffnen für den Wähler ist: Unveränderte Benutzung des Stimmzettels, den ihm seine Parteileitung ins Haus gebracht hat, oder den er am Wahltag vor dem Wahlraum von dem Stimmzettelverteiler seiner Partei entnehmen kann. Niemand betritt der Wähler den Wahlraum, wo er zunächst den amtlich gestempelten Wahlumschlag in Empfang nimmt. Er begibt sich dann in den abgesonderten Raum, legt dort den Stimmzettel in den Umschlag, tritt darauf an den Tisch des Wahlvorstandes, nennt seinen Namen und übergibt, nachdem der Schriftführer den Namen in der Wählerliste festgestellt und die Stimmabgabe durch ein Kreuz vermerkt hat, seinen im Wahlumschlag befindlichen Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn uneröffnet — eigenhändig! — in die Wahlurne zu legen hat. Damit ist die Stimmabgabe beendet.

Verkauf von Lebensmitteln aus den Heeresbeständen.

In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Lebensmittel aus Heeresbeständen dem freien Handel zugänglich wurden. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Heeresangehörigen sich strafbar machen, so werden auch die betreffenden Käufer zur Verantwortung gezogen. Lebensmittel, auch Marktschenderware, welche die Heeresverwaltung nicht benötigt, dürfen nur den mit der öffentlichen Verwaltung beauftragten Stellen (Kriegsgesellschaften, Regierungspräsidenten, Kommunalverbänden usw.) angeboten werden. Soweit diese Stellen nicht ohne Genehmigung zur Übernahme berechtigt sind, haben sie sich an die vorgezeigte Dienststelle zu wenden.

Wenn auch 11 Stunden Wahlzeit für den Wahlvorstand sehr lang sind und in kleinen Stimmbezirken bedeutend über das Maß des Notwendigen hinausgehen, so stellt es in größeren Bezirken doch ganz anders. Bei 2500 durchschnittlicher Einwohnerzahl muß auf gegen 1500 Wähler gerechnet werden. Eine gleichmäßige Verteilung dieser Menge auf die ganze Wahlzeit angenommen, mit der aber natürlich nicht zu rechnen ist, ergibt 146 Wähler in der Stunde, mit anderen Worten in je 2 Minuten müssen stets 5 Wähler abgefertigt werden. Es ist klar, daß deshalb alles getan werden muß, um das Wahlgeschäft so glatt und rasch wie möglich vor sich gehen zu lassen. Ein Mittel hierzu würde die Vereinfachung mehrerer Gelegenheiten für die unbedachte Benutzung der Verhältnisse sein. Die Wahlvorstände größerer Stimmbezirke werden sich durch Beschaffung mehrerer Verköhlagen um das Wahlgeschäft verdient machen.

Der vorläufige Rechnungsabluß der Sächsischen Staatsbahnen auf das Jahr 1918 liegt nunmehr vor. Es ist mit einem Fehlbetrag von 80 bis 90 Millionen Mark zu rechnen. Der Grund liegt in der Verteuerung des Materials, der wachsenden Benutzung der Wagen und umfassenden Reparaturen, der Erhöhung der Löhne, der Bewilligung der Feuerungsulagen, der Einführung des Achtstundentages und der Einschränkung des Verkehrs. Die Einnahmen sind hierdurch bedeutend herabgedrückt und die Ausgaben wesentlich gesteigert worden. Bekanntlich sind die Einnahmen der Staatsbahnen eine der wichtigsten Einnahmequellen für Sachsen, weshalb hierdurch die sächsische Finanzlage außerordentlich beeinträchtigt wird.

Mit Rücksicht auf mehrere in letzter Zeit vorgenommene Versuche, Entlassungsscheine zum Zwecke der Erlangung von Unterstützung durch betrügerische Angaben zu erschleichen, hat sich das österreichisch-ungarische Konsulat veranlaßt gesehen, in Zukunft nur solchen österreichisch-ungarischen Heeresangehörigen Entlassungsscheine auszustellen, die sich mit einem gültigen Reisedokument einer inländischen Militärbehörde ausweisen können.

Ein volkskirchlicher Laienbund für Sachsen hat sich infolge der geplanten Trennung von Kirche und Staat mit dem Sitz in Dresden gebildet. Der Bund bezweckt den schnellen Zusammenbruch evangelischer Mitglieder der sächsischen Landeskirche ohne Rücksicht auf Geschlecht, Stand, Richtung und Partei. Er fordert Gleichberechtigung, nicht Willkür bei der Trennung von Kirche und Staat, Achtung vor dem Rechte der Eltern, ihren Kindern eine christliche Erziehung zu geben und Unantastbarkeit der wohlverordneten Rechte der Kirche.

d. Chemnitz. Die deutschnationale Volkspartei hat für den dritten sächsischen Wahlkreis

folgende Kandidatenliste zu den Wahlen für die sächsische Volkskammer aufgestellt: 1. Justizrat Bentler, Chemnitz, 2. Gewerbetammler Rudolph Dr. Engelmann, Plauen, 3. Gutbesitzer Reithold, Lettau, 4. Otonomierat Hartel, Neudörfchen bei Mittweida, 5. Bergdirektor Dr. Eckardt, Zwickau, 6. Bürgermeister Dr. Schanz, Dörschütz i. S., 7. Pfarrer Gräfe, Arnoldsfeld, 8. Obermeister Stadtrat Jodmann, Chemnitz, 9. Rechtsanwalt Dr. Reipig, Zwickau, 10. Prof. Johannes Siebert, Chemnitz, 11. Fabrikant Otto Tröger, Plauen, 12. Klemmer Gerold, Dörschütz i. S., 13. Handlungsgehilfe Alfred Spindler, Plauen, 14. Lehrgangbesitzer Theodor Heymann, Großdörfchen, 15. Arbeitersekretär Karl Zimmermann, Zwickau, 16. Frau Pfarrer Rohbach, Chemnitz, 17. Rittergutspächler Adolf Heine, Dobeneß, 18. Fabrikant Hennig, Wundtshaus, 19. Dr. med. Dietel, Zwickau, 20. Fabrikdirektor Burger, Chemnitz, 21. Gutbesitzer Ränel, Großvrießen, 22. Handlungsfabrikant Max Weißbach, Oberfrohna, 23. Gutbesitzer Volkshilf, Zwickau, 24. Werkmeister Richard Paul Reibsch, Chemnitz, 25. Kaufmann Bobo Michael, Dörschütz i. S., 26. Werkmeister Gärtner, Böblich, 27. Kaufmann Kaula, Zwickau, 28. Zahnarzt Strumpf, Mittweida, 29. Frau Oberpfarrer Schmidt, Dörschütz, 30. Fabrikant und Gutbesitzer Richter, Auerwalde, 31. Schlossermeister Emil Schumann, Zwickau, 32. Pfarrer Wöcher, Zwickau, 33. Otonomierat Schwabe, Auerbach, 34. Pastor Paul Vieh, Chemnitz, 35. Ingenieur Rud. Leopold, Zwickau, 36. Lehrgangbesitzer Artur Hofmann, Cuba, 37. Telegraphensekretär Berger, Aue.

d. — Infolge des sich immer stärker bemerkbar machenden Kohlenmangels verfährt der Stadtrat, daß der Betrieb der Straßenbahnen in der Weise eingeschränkt wird, daß die Wagen früh zwischen 5 und 6 Uhr wegfallen und der Fahrplanmäßige Betrieb abends 9 Uhr geschlossen wird. Weiter wurde die Benutzung der Beleuchtung in allen offenen Ladenlokalitäten nach 6 Uhr abends und die Beleuchtung der Theater, Kinos usw. verboten. Die Polizeistunde wurde auf 10 Uhr festgesetzt.

Da das hiesige Kriegswirtschaftsamt die Kartoffeln unter besonders schwierigen Verhältnissen herbeikommt, wurde der Höchstpreis für das Pfund um 2 Pfennige auf 12 Pfennige erhöht.

i. Meerane. Ein Vermächtnis von 50000 R. hat der verorbene Stadtrat Riemenhneider der Stadt Meerane hinterlassen, außerdem sein Hausgrundstück Marienstraße 32.

Der Stadtrat beschloß die Einführung einer gehobenen Mädchenschule durch Aufhebung einer sechsten Klasse auf die Mädchenbürgerschule.

i. Reichenbach i. S. Die Brüder Reinhard und Wilhelm Hajzer haben der Stadtgemeinde die Summe von 5000 R. als Stiftung zum Gedächtnis ihres auf dem Felde der Ehre gefallenen Bruders überwiesen.

Land- und Forstwirtschaftliches.

In der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: Die Herbstversammlungen des Kreisvereins Leipzig hatten durch das Direktorium des Kreisvereins eine Einrede an den Landeskulturrat gerichtet, in der sie den Antrag stellten, daß die zur Frucht verkaufte Rälber den Züchtlern bei der Schlachtviehumlage angerechnet werden mögten. Der Ständige Ausschuss hat beschlossen, diesen Antrag unter dringender Befürwortung an das Ministerium des Innern weiterzugeben, da im Interesse der Landwirte unbedingt gefordert werden muß, daß züchterlich hochwertige Rälber auch zu züchterlichen Zwecken verwendet werden und auf keinen Fall zur Deckung der Schlachtviehumlage herangezogen werden. Bezüglich eines aus dem Kreise der Reichsanwaltschaft in einer Eingabe an das Ministerium gemachten Vorschlags, nach dem die Landwirte gezwungen werden sollten, zur Deckung der Ferkel ein Zwanzigstel der bebauten Fläche zum Anbau von Fein herauszuziehen, sprach sich der Ständige Ausschuss dahin aus, daß eine derartige Zwangsmaßnahme nicht befürwortet werden könnte; doch möchte zur möglichsten Förderung des Landes die Staatsregierung bei der zukünftigen Reichsliste dafür eintreten, daß vor allem die Möglichkeit der Verarbeitung des Feinmeins in den kleinen Öfen der Bauern an jeder Stelle erleichtert wird. Der Ständige Ausschuss wird bei der Landesversammlung den Antrag stellen, daß die während des Krieges entstandenen nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeiten in derselben Weise wie die rein landwirtschaftlichen Betriebe zur Schlachtviehumlage herangezogen werden sollen, gegebenenfalls unter Anwendung des Austauschverfahrens von Wärläufen an Landwirte gegen Abgabe von geeigneten Schlachtvieh. Schließlich wurde beschlossen, zu befrworten, daß in dem Sommerhalbjahr 1919 der Unterricht an den landwirtschaftlichen Schulen wieder ohne Einschränkungen aufgenommen wird.

Volkswirtschaftliches.

Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen, H.-G. Dresden. Der gestern unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Sandtke abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung lag der Antrag der Verwaltung auf Liquidation der Bank vor. Die Verwaltung ging hierbei von der Erwägung aus, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen ein Kreditbedarf zu decken, soweit es nicht durch die reichsgerichtlichen Teilzahlungen oder anderweitig gedeckt werden kann, auf demselben Grund eine Ding der Unmöglichkeit sei. In der Aussprache sprach sich Oberbürgermeister Wähler für die Stadtgemeinde Dresden gegen die Liquidation der Kriegskreditbank aus. Da der Kreditbedarf jetzt größer als je sei, müsse vor der Errichtung neuer Hilfsinstitute durch Staat und Gemeinde, und bevor einige Klarheit über die weitere Gestaltung im Handel und Wandel geschaffen sei, die Kriegskreditbank auch die erhöhte Beschäftigung auf sich nehmen. Die Mehrzahl der Anwesenden trat aber dieser Meinung nicht bei, so auch der Vertreter der Staatsregierung, der aber in Rücksicht stellte, daß die Regierung demnach Mittel und Wege für eine nachhaltige Erhaltung von Sächsischer Industrie, Handel und Gewerbe finden werde. Die Liquidation der Bank wurde schließlich mit 9623 gegen 1516 Stimmen ausgesprochen und die bisherigen Vorstandsmitglieder zu Liquidatoren ernannt. Kommerzienrat Palmé vermittelte in seinem Schlußwort, daß die Darlehensnehmer der liquidierenden Bank auf dieselbe Wohlwollen wie bisher bei der Regelung ihrer Verbindlichkeiten rechnen könnten.

Hypothekbank in Hamburg. Nach dem Verwaltungsbericht hat der Abschluß des Jahres 1918 mit Einschluß des G-

Wiederholungs- aus dem Vorjahre in Höhe von 1000375 M. einen Überschuss von 6637534 M. ergeben, der die Verteilung eines Gewinnanteils von wiederum 10% auf 36 M.M. M. Mittelkapital ermöglicht.

Berlin, 15. Januar. Börse. Die erste Börsenversammlung nach der Berliner Wende bewies, daß die an den deutschen Börsenplätzen während dieser Zeit beobachtete vorsichtige, ruhige und nüchterne Beurteilung der innerweltlichen Vorgänge auch von der Berliner Börse geteilt wird.

Kautliche Berliner Kurse vom 15. Januar. Hamburger Vaterkraft 86%, Hanja Dampfschiff 172, Norddeutscher Lloyd 87%, Vereingte Eisenbahn 76, Bank für Brauindustrie 87%, Deutsche Bank 196, Diskonto Kommandit 162 1/2, Deutscher Bau 140 1/2, Leipziger Kreditbank 140, Deutsche Bierbrauerei 108, Badische Anilin 280, Bergmann Elektrizität 183 1/2, Wismarschiff 192, Bochumer Werkstoff 189 1/2, Carlomagener Leinwand 197 1/2, Chemische Werke 215 1/2, Chemisch-Brennstoff 134, Deutscher Motor 179, Deutsch-Luxemburger 112 1/2, Deutsche Erdöl 212 1/2, Deutsche Gaswerke 150, Deutsche Zinn und Stein 148, Deutsche Wollen 158 1/2, Donnerstagschiff 295, Dresdener Maschinen 143 1/2, Dresdener Schmelzen 126, Eisenwerke 270 1/2, Gelsenkirchen Bergwerk 141 1/2, La. Gaswerk 176, Köpfer Eisenbahn 150, Harpener Bergwerk 106 1/2, Hartmann Maschinen 172 1/2, Hesper Eisen 126, Köpfer Farben 245 1/2, K. Koch & Comp. 243, Kutschenreuther 199 1/2, J. A. John Aktien 138, Kalka Bergbau 274, Leinwand 185 1/2, Leinwand 180, Ludwig Dose & Comp. 190 1/2, Ludau & Steffen, Maschinen Koppel 193, Mühlberg Bergbau 116, Oberdeutsche Eisenbahn 132 1/2, Oberdeutsche Eisenindustrie 116, Phoenix Bergwerk 191 1/2, Plauener Spinnerei 114, Germania Bode 157, Rheinische Metall 167 1/2, Rodkroh & Schneider 127 1/2, Rosenthal Bergbau 299 1/2, Sachsenwerk 212, Sächsische Carlomagener, Sächsische Gaswerke 181, Sächsl. Ramm. Bergbauaktien 134 1/2, Sächsische Webstuhl 186 1/2, Schubert & Salzer 198, Fr. Schulz jr. 200, Sied. Wäldenban 132, Wambener Werke 281, Welfer Aktien 127, W. Wundertich & Co. 102 1/2, Zellstoffverein 144.

Berlin, 15. Januar. Kautliche Preisentwürfe. Riederslande (für 100 Gulden): 340 G., 340 1/2 Kr., Danemark (für 100 Krone G.): 218 G., 218 1/2 Pf., Schweden (für 100 Kronen schw.): 240 1/2 G., 241 1/2 Pf., Norwegen (für 100 Kronen nord.): 229 1/2 G., 230 1/2 Pf., Festsingford (für 100 finnische M.): 81 1/2 G., 81 1/2 Pf., Schweiz (für 100 Franc.): 171 1/2 G., 171 1/2 Pf., Österreich-Ungarn (für 100 Kronen öst.): 53,20 G., 53,20 Pf., Bulgarien (für 100 Leva): — G., — Pf., Konstantinopel (für 1 Pf. türk.): — G., — Pf., Madrid und Barcelona (für 100 Peseta span.): 147 G., 148 Pf.

Wien, 15. Januar. Am Gegenstoß zu den beiden letzten Tagen vertehrte die Börse in schwächerer Haltung, da die sprunghaft gestiegenen Kurse zu Sicherstellungen der umfangreichen Gewinne Veranlassung gaben und auch die Kontenlinie mit Rücksicht auf die schweren Bedingungen für die Besicherungung des Währungsstandes mit Deutschland wieder Abgaben vonnahm. Die Abschwächung umfaßte gleichmäßig den Kautschuk und den Schanzenverkehr. Doch vollzog sich der Rückgang bei durchweg ruhigen Verkehre, obwohl die Rückgänge meist recht empfindlich waren. Am Rentenmarkt war die Stimmung gleichfalls schwächer. Dagegen zeigte sich für Kautschukleihen Nachfrage.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegrame aus Sachsen vom 16. Januar früh.

Table with columns: Station, Höhe, Temp. gestern (Min., Max.), Beobachtungen heute früh 7 Uhr (Nebel, Temp., Schneefall, Wind), Wetter.

Wasserstände der Elbe und Moldau.

Table with columns: Station, 15. Jan., 16. Jan.

Verteilung von Zwiebeln.

Kleinhandler, die noch im Besitz unbekleibter Ausweise 222 sind, werden aufgefordert, bis 18. Januar 1919 die darauf entfallenden Zwiebeln in der Hauptmarkthalle an den dort bekanntgemachten Stellen zu entnehmen.

Der Rat zu Dresden — Lebensmittelamt.

Realgymnasium zu Annaberg.

Anmeldungen für die Überaufnahme in das Realgymnasium, dessen Umgestaltung zur Reformschule im neuen Schuljahr mit der untersten Klasse beginnt, werden bis Mitte Februar an jedem Schultage 11—12 Uhr im Rektoratssaal entgegen genommen.

Das Rektorat.

Der Zentral-Arbeitsnachweis für den Bezirk der Kreisbauernschaft Dresden.

hat keine Geschäftsstunde von Schließgasse 14 nach der Marienstraße 17 verlegt. Fernsprech-Nummernummer 25 881. Dort befindet sich auch der Arbeitsnachweis für Kriegsbefähigte des Heimatdienstes und die Hilfsdienstvermittlung.

Bekanntmachung.

Von den künftberechtigten Herren Ständen des Sächsischen Markgrafthums Oberlausitz sind nachstehende Stiftungsgelder...

- zwei von Gerold-Blücher'sche Stipendien für Studierende und Lehrlinge im Betrage von je 200 M.
ein von Kollig-Wappeler'sche Stipendium für Studierende im Betrage von 500 M.
zwei von Kollig-Wappeler'sche Stipendien für die Familien von Lehrlingen, von Kollig, von Kollig, von Gerold und von Jüngling im Betrage von je 200 M.
zwei von Schubert'sche Stipendien für auf den Gymnasien zu Saupen und Jittau Studierende im Betrage von je 200 M.

Bewerbungsfrist bis längstens 15. März 1919 an die Landeshauptstadt Dresden, welche auch nähere Auskunft erteilt und die einschlagenden Regulative auf Verlangen übersendet, einzureichen.

Dresden, den 14. Januar 1919.

Der verordnete Landesrat des Sächsischen Markgrafthums Oberlausitz.

Unter erhaltener Anzeige zufolge soll das Grundstück Nr. 29779 hiesiger Sparte, bestehend aus dem Hause Nr. 11 und 12 in Riechereisenbach, am 20. September 1918 auf der Straße Oberhausen-Niedererßenbach veräußert worden sein.

Wir fordern den etwaigen Verkäufer des Hauses hiermit auf, seine Ansprüche binnen 3 Monaten bei uns geltend zu machen. Erfolgt innerhalb der gestellten Frist keine Anmeldung, so wird das Grundstück für ungültig erklärt werden.

Oberhausen, den 13. Januar 1919. Der Stadtrat.

5-jährige Lehrstellen.

sind Oftern 1919 an den hiesigen Volksschulen zu belegen. Jahresgehalt: 1800—2500 Mark. Wohnungsgeld für Unverheiratete 400 M. für Verheiratete 600—700 M. jährlich. Gehaltsaufbesserung in Aussicht. Bewerbungen bis zum 30. Januar erbeten.

Gemeindevorstand Niedererßenbach.

Für Herren mit höherer Schulbildung.

Sonderkursus in Buchführung, Korrespondenz, Effekten-, Wechsel- u. Scheckkunde, kaufm. Rechn., Allgem. kaufm. Wissen. Dauer 2—3 Monate. Beteiligung an einzelnen Fächern ist zulässig. Stenogr. u. Maschinenschrieb. kann angeschlossen werden.

Verlangen Sie den Prospekt H.

Rackows Handels- und Sprachschule.

Altmarkt 15, Albertplatz 10. Fernspr. 17137.

Mühlberg Schlafzimmer-Möbel. Tochtzimmer, Kleinföbel, Wäscheschränke, Nachschränkchen, Waschkommoden, Wickelkommoden, Tische, Stühle mit Rohrsitz, Frisierstühle, Truhen, Spiegel. Mühlberg

Deutschnationale Volkspartei.

Oeffentliche Wählerversammlung = Tivoli =

Freitag, den 17. Januar, abends 1/8 Uhr.

Redner: Unser Kandidat

Stadtrat Wehlich.

Eintritt frei.

Wählt deutschnational! Liste Kölsch, Wehlich!

Keine Zersplitterung!

Stimmt Alle für die aussichtsreichste Liste der bürgerlichen Parteien:

für Liste Kölsch, Wehlich, Fritzsche der Deutschnationalen Volkspartei.

Verrat!!!

Der Bloß der drei Parteien: der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der christlichen demokratischen Volkspartei, welche zwar leider nicht die von der Deutschnationalen Volkspartei dringend verlangte gemeinsame Liste, aber doch die Bindung ihrer Listen beschlossen haben, war mit der Aufforderung an die Deutsche demokratische Partei heranzutreten, der Listenbindung beizutreten. Die Deutsche demokratische Partei hat uns wochenlang mit ihrer Antwort hingehalten, um schließlich die Listenbindung mit den anderen bürgerlichen Parteien zu verweigern.

Damit begeht die Deutsche demokratische Partei den deutbar schäbdesten Verrat am Bürgerium zugunsten der Sozialdemokraten,

denn wie die Dinge bei der Verhältniswahl liegen, müssen sowohl die Deutsche demokratische Partei selbst, wie die anderen bürgerlichen Parteien durch diesen Verrat einige Abgeordnetenmandate an die Sozialdemokratie verlieren.

Wähler und Wählerinnen! Erinnert Euch am Wahltag des Verrats der Deutschen demokratischen Partei!

Die Deutschnationale Volkspartei.

Unsere Liste beginnt mit den Namen Kölsch, Wehlich, Fritzsche.